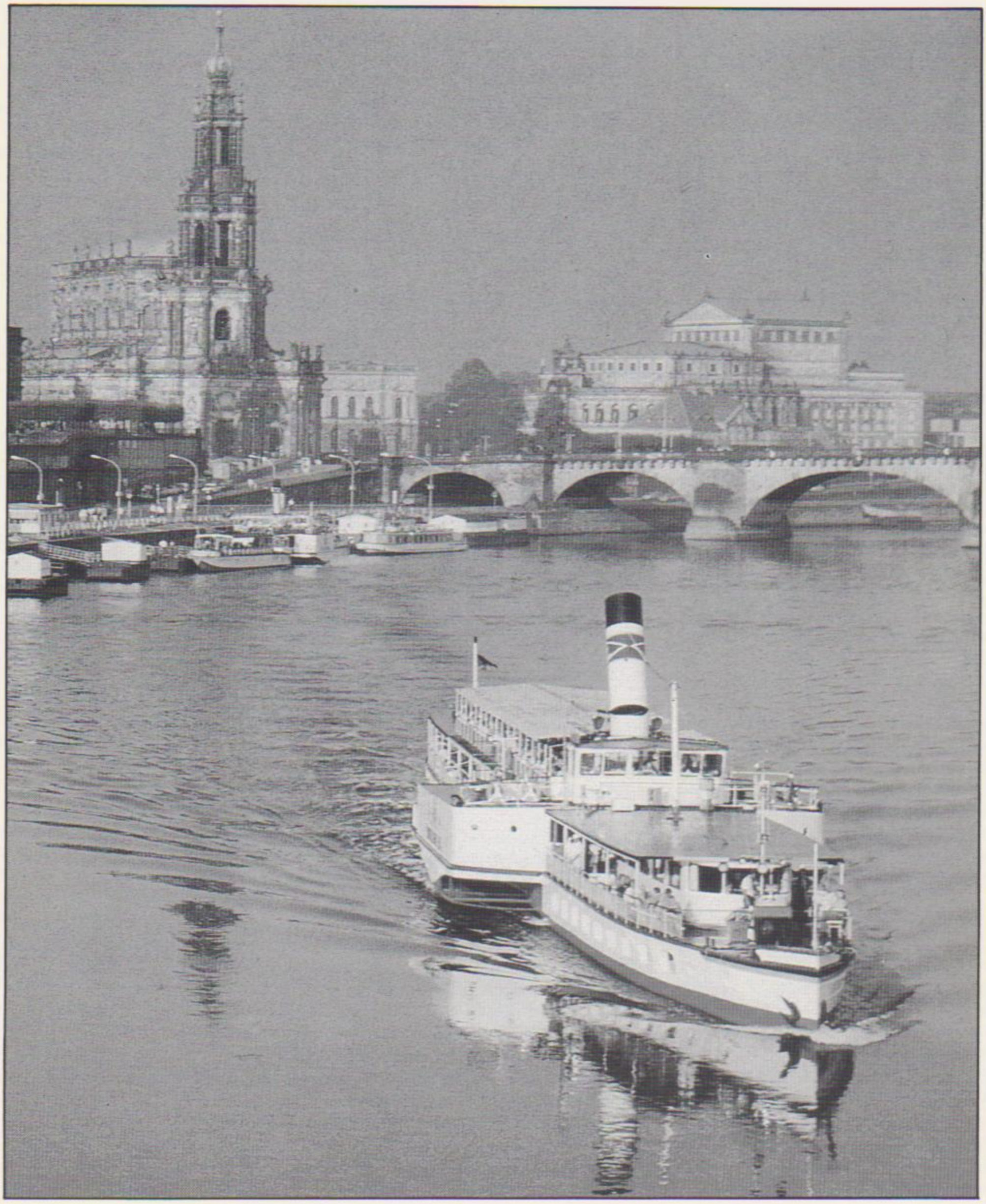
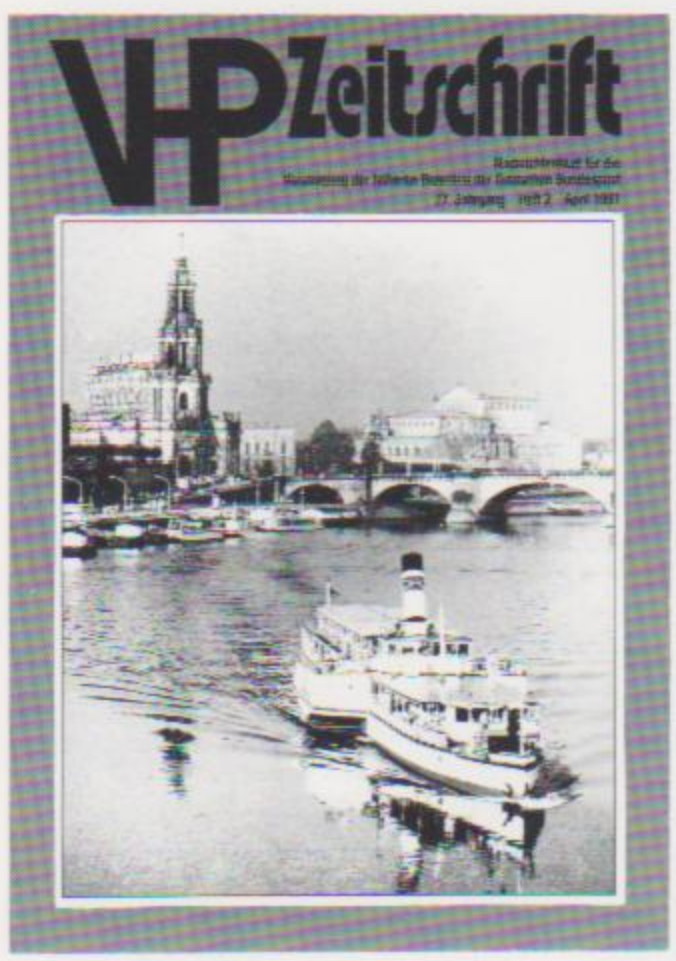
VHP Zeitschrift

Nachrichtenblatt für die
Vereinigung der höheren Beamten der Deutschen Bundespost
27. Jahrgang · Heft 2 · April 1991



INHALTSVERZEICHNIS



Zum Titelbild:
Dresden: Blick über die Elbe auf die Brühlsche Terrasse.

Berichtigung zum Titelbild Heft 1/91
Das Foto wurde versehentlich seitenverkehrt wiedergegeben. Einem aufmerksamen Darmstädter Leser ist dieser Fehler aufgefallen. Die Redaktion bedankt sich.

In eigener Sache 3

Ein Tagungsort stellt sich vor — Darmstadt — Gestern und Heute 3

Hans M. Lichtenthäler
Die Zentralämter der DBP 6

F. Görts
Selbstverständnis des Regulierers nach erfolgter Deregulierung 8

K. Borg
Erfahrungsbericht zum „Pilotprojekt FA Dresden" 12

M. Herzog
Bundesvorstands- und Beiratssitzung in Nürnberg 20

Aus den Bezirken

Klaus Stuchlich
Vortrag des SDR-Intendanten beim Bezirksverein Stuttgart 21

F. Lauxmann
Vorschläge für die Entsorgung des Denkmülls 22

VHP-Zeitschrift

Herausgeber: Bundesvorstand der Vereinigung der höheren Beamten der Deutschen Bundespost, Postfach 10 60 01, 7000 Stuttgart 10.
Redaktion: Michael Herzog (verantwortlich); Klaus Lieberknecht; Dirk Staben.
Anzeigenverwaltung: Klaus Lieberknecht.
Anschrift der Redaktion: Postfach 60 02 00, 2000 Hamburg 60, Telefon (0 40) 36 19 22 36, 63 88 44 60, 63 88 33 36 und 63 88 46 10.
Die mit Namen gezeichneten Beiträge geben die persönliche Meinung der Verfasser wieder. Wenn sich diese mit der Meinung des Bundesvorstandes deckt, wird dies ausdrücklich erwähnt.
Druck: Kröger Druck, 2000 Wedel bei Hamburg.

IN EIGENER SACHE

Die Einheit Deutschlands und die Neustrukturierung der DBP haben in der Regel für jeden einzelnen von uns neue Aufgaben mit sich gebracht.
Da bleibt häufig keine Zeit mehr, sich — vielleicht auch nur mit einem kleinen Beitrag — an unserer Zeitung zu beteiligen.
Die vorherige Redaktion hatte stets soviele Beiträge vorliegen, daß bereits aus Platzgründen eine Auswahl getroffen werden mußte.
Wir hingegen konnten froh sein, wenn wir überhaupt mit wenigen Seiten unseren turnusmäßigen Erscheinungstermin einigermaßen halten konnten.
Unter diesen Umständen kann die inhaltliche Gestaltung unserer Zeitung derzeit nicht überzeugen. Nach unserem Verständnis muß die VHP-Zeitung schon mehr enthalten, als schwerpunktmäßig über Ausflüge von Bezirksvereinen o. ä. zu berichten. Nichts gegen derartige Artikel.
Vorrangig sollten in unserer Zeitung jedoch interessante und brisante berufspolitische Themen angesprochen und diskutiert werden.
Nach unserer Auffassung hat die VHP-Zeitung nur so über längere Sicht ihre Existenzberechtigung.
Die Redaktion ist derzeit dabei, sich ein Konzept für die Zeitung zu überlegen.
Unseren eigenen Ansprüchen werden wir jedoch nur dann gerecht werden können, wenn es uns gelingt, unsere Leser zur tatkräftigen Mithilfe zu animieren. Alle Leser werden deshalb aufgefordert, sich mit eigenen Beiträgen, Anregungen und Kritik an der Gestaltung unserer Zeitung zu beteiligen.
Schon eine der nächsten Ausgaben unserer Zeitung hoffen wir beispielsweise um eine „Leserbriefecke" ergänzen zu können.
In Erwartung einer überwältigenden Resonanz verbleiben wir bis zur nächsten Ausgabe
Ihre Redaktion.

EIN TAGUNGSORT STELLT SICH VOR - DARMSTADT - GESTERN UND HEUTE

Lage und Stadtbild

Darmstadt, nach Frankfurt/Main, Wiesbaden und Kassel die viertgrößte hessische Stadt, war bis 1918 Residenz der Großherzöge von Hessen, bis 1945 Hauptstadt des Volksstaates Hessen. Die kreisfreie Stadt ist Sitz eines Regierungspräsidenten und Verwaltungszentrum des Landkreises Darmstadt-Dieburg.
Das Stadtwappen zeigt den roten katzenelnbogischen Löwen (die Grafen von Katzenelnbogen waren die ersten Stadtherren) über einer weißen Lilie (Hinweis auf die Stadtkirche, vor der Reformation eine Marienkirche). 1917 verlieh Großherzog Ernst Ludwig seiner „getreuen Haupt- und Residenzstadt" das Recht, die Krone des Großherzogtums, rot ausgeschlagen, über dem städtischen Wappenschild zu führen. Die Stadtfarben sind blau-weiß.
Die Grenzen der Stadt sind 64 km lang, die größte Ausdehnung des Stadtgebiets beträgt in nord-südlicher Richtung 17 und in west-östlicher Richtung 15 km.

Stadtgeschichte

Die Geschichte Darmstadts ist in erster Linie die Geschichte einer kleinen Residenzstadt. Sechshundert Jahre lang war der Fürstenhof in politischer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht wichtigster Faktor des städtischen Lebens, er hat den Charakter der Stadt und ihrer Bevölkerung maßgeblich geformt.
Grabfunde belegen, daß das Stadtgebiet und seine Umgebung seit der Bronzezeit (etwa 2000 v. Chr.) nahezu kontinuierlich besiedelt gewesen sind. Aus dem Halbdunkel der Frühgeschichte tritt Darmundestat mit der ersten urkundlichen Erwähnung in der zweiten Hälfte des 11. Jahrhunderts. Zweihundert Jahre später empfangen die mächtigen Grafen von Katzenelnbogen die fränkische Gründung vom Würzburger Bischof als Lehen. Sie legen eine Wasserburg an und bauen diese gemeinsam mit der umgebenden Siedlung zu einem administrativen und militärischen Mittelpunkt ihrer südhessischen Besitzungen aus. 1330 erhebt Kaiser Ludwig der Bayer den Ort zur Stadt, indem er den Stadtherren das Recht verleiht, eine Stadtmauer zu errichten und Märkte und Messen abzuhalten. Neben Burg Rheinfels bei St. Goar wird Darmstadt die Hauptresidenz des Grafenhauses.
Im Jahr 1479 erlischt das katzenelnbogische Geschlecht, seine Besitzungen fallan an die Landgrafen von Hessen, die in Marburg und Kassel Hof halten. Für fast ein Jahrhundert rückt Darmstadt an die Peripherie des landespolitischen Geschehens. Erst als Landgraf Philipp der Großmütige, der 1526 in Hessen die Reformation einführt, im Jahr 1567 stirbt und sein Testament das Land unter seine vier Söhne aufteilt, ändert sich die Lage der Stadt. Der jüngste Sohn Georg erbt den südlichen Landesteil und macht Darmstadt zu seiner Residenz, für deren Ausbau er sich tatkräftig einsetzt (Schloß, Rathaus, Neue Vorstadt). In den folgenden dreieinhalb Jahrhunderten erlebt die Stadt unter den Landgrafen (seit 1806 Großherzögen) von Hessen wechselvolle Schicksale. Schlimme Tage in zahlreichen Kriegen, die schlimmsten im Dreißigjährigen Krieg (1618-1648), als Einquartierung, Plünderung und Brandschatzung, Mord, Hunger und Pest ihre Bevölkerung heimsuchen. Im ganzen aber überwiegen gute Zeiten, denn Darmstadt erwachsen, trotz anhaltender Fehden mit dem Fürstenhaus um seine politische und wirtschaftliche Selbstbehauptung, aus der Eigenschaft als Residenzstadt große Vorteile. Vor allem drei Landesherren, die sich im Abstand von etwa einhundert Jahren in der Regierung folgen, haben seine Entwicklung gefördert und Gesicht und Geschick der Stadt geprägt.
Landgraf Ernst Ludwig, der von 1678 bis 1739 regiert, ist ein vielseitig begabter, kulturell und politisch ambitionier-

ter Herr, der den Glanz seiner Residenz nach Art des barocken Fürsten zu vergrößern sucht. Darmstadt verdankt ihm Residenzschloß und Orangerie des bedeutenden Architekten L. R. de la Fosse und die erste, geplante Erweiterung in westlicher Richtung. Seine Bevölkerungszahl verdoppelte sich von 1695 (1500 Einwohner) bis 1721 (3000 Einwohner) — Darmstadt legt den Charakter der Ackerbürgerstadt ab. Gewerbe und Handel treten in den Vordergrund des wirtschaftlichen Lebens. Die Leidenschaft, mit der der Fürst seinen Liebhabereien Bau- und Gartenkunst, Musik, Theater und Parforcejagd nachgeht, überfordert aber die finanzielle Leistungskraft des kleinen Landes bei weitem. Der ungeheure Schuldenberg, den Ernst Ludwig hinterläßt, lähmt die ohnehin nicht sehr stark entwickelte Initiative seiner beiden Nachfolger, des „Jagdlandgrafen" Ludwigs VIII. (gest. 1768) und des „Soldatenlandgrafen" Ludwigs IX. (gest. 1790), der in Pirmasens residiert. So bleibt in diesem Jahrhundert nur noch das Wirken der „Großen Landgräfin" Karoline erwähnenswert, die in bescheidenen äußeren Verhältnissen von 1765 bis 1774 in Darmstadt Hof hält. Sie pflegt Brieffreundschaften mit Friedrich dem Großen und Voltaire und versammelt mit Goethe und dessen Mentor J. H. Merck, mit Herder, Klopstock und Wieland zeitweilig die literarische Avantgarde Deutschlands um sich.

Erst Karolines Sohn, Landgraf Ludwig X. (1790-1830), seit 1806 als Ludewig I. Großherzog von Hessen, besitzt wieder Format und finanziellen Rückhalt genug für ausgreifende Pläne und Tätigkeiten. Durch den Reichsdeputationshauptschluß (1802) und Wiener Kongreß (1815) wird sein Staat außerordentlich vorteilhaft arrondiert, die Gebietserweiterung und Rangerhöhung Hessen-Darmstadts kommen in erster Linie der Hauptstadt des Landes zugute. Oberbaudirektor G. Moller verleiht dieser durch die klassizistisch-rationale Anlage der „Westlichen Neustadt" einen noblen Charakter, die großzügig bemessenen Straßen der neuen Quartiere versieht er mit herrschaftlichen Wohnhäusern und repräsentativen öffentlichen Gebäuden. Unter Ludewigs I. Regierung regt sich erstmals ein auf breiter Grundlage beruhendes, bürgerliches Kulturleben. Frühzeitig verleiht der tolerante Fürst seinem Staat eine Verfassung (1820) und eine Reihe wichtiger wirtschaftlicher und politischer Freiheiten. Seine weniger populären Nachfahren unternehmen den zeitüblichen Versuch, absolutistische Regierungsformen neu zu beleben. Im Lebensweg und Werk des Darmstädter Medizinstudenten und revolutionären Dichters G. Büchner hat die Zeit der Restauration ihren gültigen Reflex gefunden.

Später als andere Städte, erst nach der Jahrhundertmitte, erfaßt die Industrialisierung Darmstadt; freilich kann sie vorerst den Residenzfirnis nur ankratzen. Wie hundert Jahre zuvor, ist auch jetzt wieder eine Frau das Bindeglied zu der letzten großen Darmstädter Fürstenpersönlichkeit: Prinzessin Alice, Tochter der Königin Victoria v. England, die 1862 als Gattin des Thronfolgers Ludwig (IV.) nach Darmstadt kommt und durch soziales Engagement, Weltoffenheit und Bürgernähe auf ihre Zeitgenossen wirkt. Ihr Sohn, Großherzog Ernst Ludwig (1892-1918), einer der liberalsten Fürsten seiner Zeit, ist ein hochbegabter Anreger und Organisator künstlerischer Bestrebungen, der Darmstadt auf einen nicht wieder erreichten kulturellen Gipfel führt. Zugleich entfalten Wirtschaft und öffentliche Verwaltung in seiner Regierungszeit eine erstaunliche Dynamik.

Mit dem Ende des Ersten Weltkriegs (1918) und der Ausrufung des Volksstaates Hessen tritt Darmstadt als Residenz und bedeutende Garnisonstadt ab und verändert seinen Charakter tiefgreifend. Zwar bleibt es Landeshauptstadt, doch sind trotz dieser Eigenschaft seine Ausstrahlung und seine Bedeutung gegenüber der Residenzzeit merklich reduziert. Daran ändert wenig, daß die Stadt 1937 durch die Eingemeindung der Vororte Arheilgen und Eberstadt zur Großstadt aufrückt. Im gleichen Jahr nimmt die Darmstädter Bevölkerung in einem Trauerkondukt bewegenden Abschied von Ernst Ludwig, wenige Wochen später auch von fünf Mitgliedern der großherzoglichen Familie, die bei einem Flugzeugabsturz um Leben kommen. Sieben Jahre nach dem Tod des letzten Fürsten werden die wichtigsten Baudenkmäler der Residenzzeit im Feuersturm von 700 Spreng- und 300 000 Brandbomben aus dem Stadtbild getilgt: Der britische Luftangriff des 11. September 1944 fordert mehr als 12 000 Opfer unter der Bevölkerung, fünfzig Prozent aller Gebäude werden zerstört; unwiederbringlich geht das in Jahrhunderten gewachsene alte Darmstadt verloren.

Der Neubeginn nach 1945 unter Oberbürgermeister L. Metzger fällt um so schwerer, als die amerikanische Besatzungsmacht das wenig zerstörte Wiesbaden zur Hauptstadt des größeren, neuen Landes Hessen erklärt. Die Rolle der Stadt und das Selbstverständnis ihrer Bürger trifft diese Entscheidung an ihrer empfindlichsten Stelle. Indessen läßt die prekäre wirtschaftliche Situation wenig Zeit für sentimentale Betrachtungen. Damstadts Entwicklung vollzieht einen radikalen Richtungswechsel, mit zuvor nicht gekanntem wirtschaftlichem Elan wird der Wiederaufbau der Stadt in Angriff genommen. Neue Industrien und Behörden werden angesiedelt, die den Verlust der Hauptstadtfunktion wenigstens materiell einigermaßen ausgleichen. Neben der vordringlichen Aufbauarbeit verlieren die führenden Männer dieser Jahre Damstadts kulturelle Bestimmung nicht aus den Augen:

Schon 1945 nimmt die Technische Hochschule wieder ihre Lehrtätigkeit auf, in der Orangerie beginnt der Theaterbetrieb; 1946 verleihen Stadt und Land wieder den Georg-Büchner-Preis; im gleichen Jahr werden die Kranichsteiner Ferienkurse für neue Musik

ins Leben gerufen; 1950 findet das erste Damstädter Gespräch statt; 1951 kommt die Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung nach Darmstadt. Die Verbindung, die Wirtschaft und Kultur — zum ersten Mal unter rein bürgerlichen Vorzeichen — nach dem Zweiten Weltkrieg in Damstadt eingehen, kann auch im Rückblick von drei Jahrzehnten als beispielhaft gelten.

Bevölkerung

Die Zugehörigkeit der Darmstädter zum Volksstamm der hessischen Rheinfranken drückt sich weniger im Menschentyp als im Dialekt aus — auch wenn dieser nach 1945 immer seltener gesprochen wird. Das unverfälschte „Heinerdeutsch", das vor dem Krieg noch viele Darmstädter, besonders in der Altstadt, als Umgangssprache gedient hat, hört man heute nicht mehr oft. Mit dem alten Stadtkern ist auch dessen urtümlicher Menschenschlag untergegangen. Der Zuzug von Heimatvertriebenen und Neubürgern aus allen Teilen der Bundesrepublik sowie der sprachlich nivellierende Einfluß der Medien haben viele landsmannschaftliche Eigentümlichkeiten abgeschliffen und im Alltagseindruck der Stadt zurückgedrängt.
Drei große Wachstumsschübe ließen in den vergangenen sechs Generationen die Darmstädter Bevölkerung auf ihren heutigen Stand anwachsen. Den ersten Schub in den Jahren 1800 (7400) bis 1825 (19 000 Einwohner) löst der Gebietszuwachs Hessen-Darmstadts während der napoleonischen Epoche aus: Beamte und Offiziere strömen in die aufstrebende Residenz, Handwerker und Dienstboten folgen ihnen nach. Doppelt so lang wie die erste hält die zweite Zuwanderungswelle während der Industrialisierung an (1860 28 500, 1910 87 100 Einwohner), sie schwemmt Arbeitskräfte aus ländlichen Gebieten in die Stadt. Zwischen den Weltkriegen stagniert Darmstadts Entwicklung. Unmittelbar nach Kriegsende setzt der dritte Bevölkerungsschub ein: Er führt ausgebombte Altbürger in die Stadt zurück, neben diese treten Heimatvertriebene.

Wirtschaftsleben

Darmstadt liegt inmitten des Wirtschaftsgroßraums Rhein/Main/Neckar. Die Stadt ist Oberzentrum der Region Starkenburg, eines Wirtschaftsgebiets eigener Prägung zwischen den Ballungsräumen Frankfurt/Main/Wiesbaden und Mannheim/Ludwigshafen/Heidelberg. Die Mittellage und ausgezeichnete Einbindung der Region in den internationalen Straßen-, Schienen- und Luftverkehr ist für viele in- und ausländische Unternehmen Grund genug, hier ihren Standort zu suchen. Die ökonomische Aufwärtsentwicklung Starkenburgs ließ die Einwohnerzahl ständig ansteigen (1950 630 000, 1979 940 000 Einwohner), sie hat zudem einen günstigen Einfluß auf die Ausgewogenheit und Krisenfestigkeit der südhessischen Wirtschaft ausgeübt.
Der größte Teil der Beschäftigten ist im Dienstleistungsbereich tätig, dieser hohe Anteil drückt die Bedeutung Darmstadts als Einkaufs-, Verwaltungs-, Schul- und Gesundheitszentrum für die umliegenden Landkreise aus.

Kulturelles Leben

„In der Kette westdeutscher Städte hat Darmstadt sein ganz eigenes Gesicht: klar, nobel, nicht sehr phantasievoll, im Grunde konservativ aber trotzdem von allen neuen Dingen immer wieder erregt und in Bewegung gehalten. Es ist eine Stadt, die zweiflerisch und begeisterungsfähig zugleich ist und die eine seltsame Mischung von Ruhe und Aggressivität besitzt."
Vielleicht ist diese Polarität der Darmstädter Wesensart, die der Büchnerpreisträger und Ehrenbürger der Stadt, K. Edschmid, beobachtete, einer der Gründe dafür, daß ihr kultureller Beitrag über den durch Größe und wirtschaftliche Potenz eigentlich gezogenen Rahmen hinausgeht. Die bekanntesten Beispiele sind das Staatstheater und die Technische Hochschule.
Neben diesen beiden Glanzpunkten des Kulturlebens sorgen noch viele weitere Einrichtungen dafür, daß sich die Darmstädter „Kulturszene" abwechslungsreich darbietet. Die Hessische Spielgemeinschaft rundet das Programm des Staatstheaters um Mundartstücke ab, die Aktion Theaterfoyer nutzt das großzügige Vestibül des Hauses für kulturelle und gesellige Veranstaltungen. Boulevardstücke spielt das Theater am Platanenhain, kabarettistische Unterhaltung bringen die Heimleuchter. Vielerlei Anregungen bietet das Musikleben der Stadt: die Sinfoniekonzerte des Staatstheaters und des Musikvereins, die Kammermusikreihe, Kirchenmusik, Jugendkonzerte, die Konzerte der städtischen Akademie für Tonkunst sowie mehrere Musikvereinigungen und Jazzbands, Musiker und Komponisten aus aller Welt beteiligen sich an den Internationalen Ferienkursen für Neue Musik. Das Internationale Musikinstitut gilt als das umfassendste Informationszentrum für zeitgenössische Musik in Europa.
Außergewöhnlich stark strahlt Darmstadt auf dem Gebiet der Literatur aus. Alljährlich vergibt die Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung mit Sitz auf der Mathildenhöhe den Georg-Büchner-Preis. Für junge Lyriker hat die Stadt im Rahmen der Veranstaltung Literarischer März den Leonce- und Lena-Preis ausgeschrieben.

Darmstädter Persönlichkeiten

„Der Darmstädter" ist einer der wenigen lokalen Charaktere in Deutschland, der literarisch erfahrbar ist: im „Datterich, Lokalposse in der Mundart der Darmstädter", die E. E. Niebergall 1841 niedergeschrieben hat. Die Bengler, Datterich, Dummbach, Knippelius, Lisettche und Spirwes des heißgeliebten und vielzitierten Volksstücks

sind „richtige Darmstädter, echte Lokalgesichter, gültige menschgewordene Grundformen des Bodengeistes und Darmstädter Lebensluft" (Textzusammenstellung durch die Redaktion)

DIE ZENTRAL-ÄMTER DER DBP

Bedeutende Wirtschaftsfaktoren in Darmstadt

Seit mehr als 40 Jahren sind zwei Zentralämter der Deutschen Bundespost, das Posttechnische Zentralamt (PTZ) und das Fernmeldetechnische Zentralamt (FTZ) in Darmstadt ansässig. Während sich das FTZ mit den zentralen Aufgaben auf dem Gebiet der Telekommunikation beschäftigt, nahm das PTZ bisher zentrale Aufgaben des Postdienstes, des Postbankdienstes, sowie einige zentrale Aufgaben für die gesamte Deutsche Bundespost wahr.
Unter der Bezeichnung Post- und Fernmeldetechnisches Zentralamt sollten 1947 zunächst die auf die Städte Hamburg, Bad Salzuflen, Frankfurt, Rastatt und München verteilten Dienststellen des ehemaligen Reichspostzentralamtes in Frankfurt am Main untergebracht werden. Trotz intensiven Bemühens gelang es aber nicht, im stark kriegszerstörten Frankfurt am Main geeignete Räumlichkeiten für ein so großes Amt zu finden. Die Stadt Darmstadt bemühte sich jedoch seinerzeit intensiv um die Ansiedlung bizonaler Behörden und wurde darin von der hessischen Regierung und der amerikanischen Militärregierung unterstützt. Darüber hinaus konnte die Stadt Unterbringungsmöglichkeiten in einer 1938 errichteten, ehemaligen Kavalleriekaserne anbieten, das zuvor als Internierungslager genutzt worden war.
Im Laufe des Jahres 1948 konnten die ersten drei Abteilungen des Post- und Fernmeldetechnischen Zentralamtes in Darmstadt auf dem ehemaligen Kasernengelände an der Rheinstraße untergebracht werden.
Um die Belange des Postbetriebs stärker zu fördern und den technischen Fortschritt für die Rationalisierung der Postdienste besser nutzen zu können, entschloß man sich, diese Aufgaben auszugliedern und mit zusätzlichen Aufgaben in einem besonderen Amt zusammenzufassen.
Am 14. März 1949 wurden die Aufgaben des Post- und Fernmeldetechnische Zentralamtes entsprechend den Fachrichtungen Fernmeldewesen und Postwesen getrennt und den verschiedenen Ämtern, nämlich dem Fernmeldetechnischen Zentralamt (FTZ) und dem Posttechnischen Zentralamt (PTZ) in Darmstadt zugewiesen. Damit gab es zum ersten Mal auch ein zentrales Entwicklungsamt für das Postwesen, wogegen die zentralen Ämter des Fernmeldewesens eine bis in das Jahr 1859 zurückliegende Tradition haben.

Beide Zentralämter waren zunächst auf dem ca. 30 Hektar umfassenden Areal „Am Kavalleriesand" untergebracht. Bedingt durch die ständig wachsende Aufgabenstellung für beide Ämter nahm das Personal im FTZ von anfangs 800 auf ca. 3000 Kräfte Ende 1989 und im PTZ von anfangs 316 auf 1600 zu. Auf Grund dieses Wachstums wurde 1962 das PTZ in einen Neubau in der Stadtmitte umgesiedelt. Das neue Gebäude erwies sich jedoch schon bald als wiederum zu klein. Der Neubau für das PTZ, mit dem 1986 begonnen wurde, wurde in unmittelbarer Nachbarschaft des FTZ an der Hilpertstraße auf einem Teil des alten FTZ-Grundstücks errichtet. Auch auf dem Gelände des FTZ war fast ständig eine rege Bautätigkeit zu verzeichnen, die erst vor kurzem mit der Fertigstellung eines Kantinenneubaus ein vorläufiges Ende gefunden hat.
Beide Ämter, PTZ und FTZ, sind zentrale Mittelbehörden der Deutschen Bundespost und nehmen als solche im Gegensatz zu den regional zuständigen Oberpostdirektionen grundlegende Aufgaben zentraler Art wahr.

Aufgaben des Fernmeldetechnischen Zentralamtes (FTZ)

Etwa 1300 der 3000 Beschäftigten des FTZ sind Diplom-Ingenieure. Das FTZ übernimmt für die Fernmeldetechnik und für die Fernmeldedienste der Deutschen Bundespost TELEKOM die Steuerung der Entwicklung von Netzen, Systemen, fernmeldetechnischen Einrichtungen, Geräten und Endstellen und erarbeitet die Regelungen für deren Planung, Aufbau und Betrieb. Das technische Spektrum erstreckt sich von einfachen Kabeln und Telefonapparaten bis zu Nachrichtensatelliten einschl. Start und Steuerung.
Dem FTZ angegliedert ist auch das Forschungsinstitut der Deutschen Bundespost TELEKOM.
Weitere Aufgabenschwerpunkte sind:

- der zentrale Einkauf (1989 wurden vom FTZ Aufträge im Wert von 12,85 Milliarden DM erteilt)
- Regelung und Steuerung von
  - Vertrieb und Kundendienst,
  - Lagerhaltung und Transpost,
- Qualitätssicherung und -kontrolle,
- Marktforschung und Marketing,
- Datenverarbeitung und Organisation,
- zentrale Dokumentation und Information,
- zentrale Aus- und Fortbildung.

Bis zum Jahr 1982 wurden vom FTZ auch die Zulassungsuntersuchungen für fernmeldetechnische Geräte durchgeführt und die Zulassungen erteilt. Die nach erfolgreicher Prüfung erteilte FTZ-Nummer hat zu dem Bekanntheitsgrad, den das FTZ heute hat, wesentlich beigetragen. Die Zulassung von Geräten wird seit 1982 vom Zentralamt für Zulassungen im Fernmeldewesen (ZZF) in Saarbrücken erteilt.
Das FTZ führt jährlich etwa 500 zentrale Aus- und Fortbildungslehrgänge für den gesamten Fernmeldebereich

durch. Experten des FTZ sind an vielen bi- und multilateralen Entwicklungsmaßnahmen in der Dritten Welt beteiligt.

Im Zuge der Neuorganisation der Deutschen Bundespost wurden 1990 hoheitliche Aufgaben (wie z. B. Frequenzverwaltung) aus dem FTZ ausgegliedert und dem neu geschaffenen Bundesamt für Post- und Telekommunikation übertragen. Der Bereich Mobilfunk wurde zwar auf dem FTZ-Gelände belassen, aber als Außenstellen dem neuen Zentralamt für Mobilfunk (ZfM) mit Sitz in Münster (Westf.) zugeordnet.

Aufgaben des Posttechnischen Zentralamtes (PTZ)

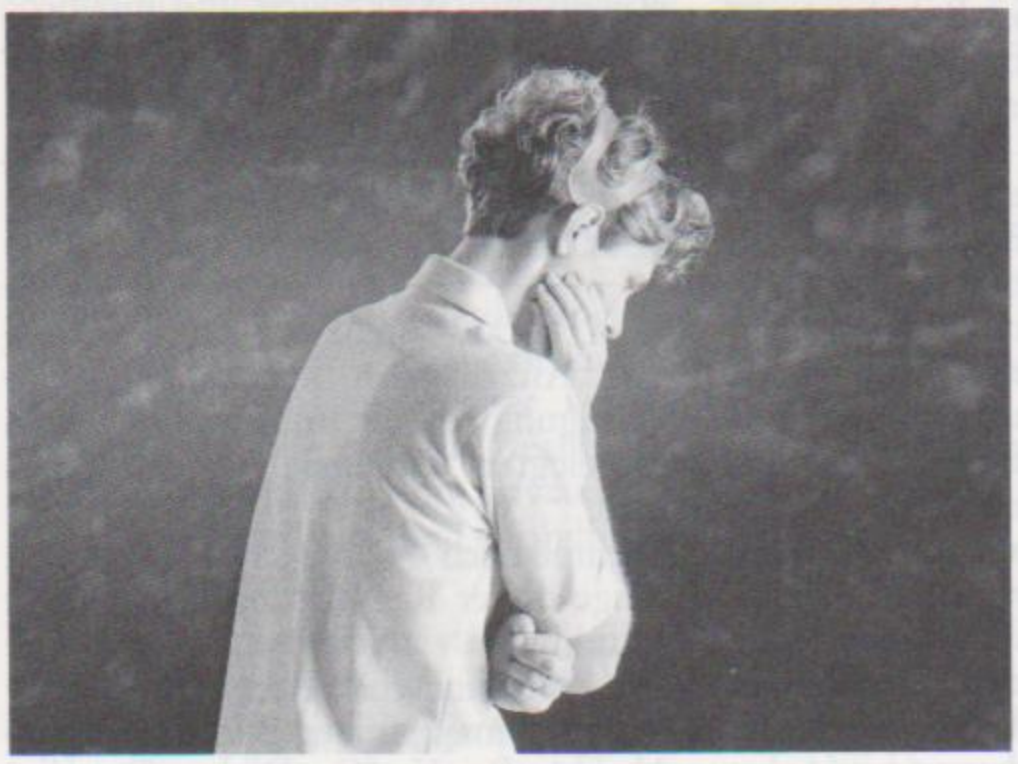
Beim Posttechnischen Zentralamt arbeiteten bis zu seiner Neuorganisation am 1. April 1990 im Rahmen der Neustrukturierung der Deutschen Bundespost 1600 Menschen. Die Aufgaben des PTZ reichten von der laufenden Verbesserung und Erweiterung des Dienstleistungsangebots im Postwesen über das Erarbeiten von Regelungen für den einschlägigen Betrieb, das Kraftfahrwesen, das Bauwesen und die allgemeine Verwaltung nebst administrativer Datenverarbeitung bis zur Erledigung vielfältiger zentraler Verwaltungsaufgaben der Deutschen Bundespost.

Schwerpunkte der letzten Jahre waren der Aufbau eines automatisierten Briefverteilsystems bei den Postämtern, die Entwicklung von Förder- und Verteilsystemen für den Kleingutdienst, der Einsatz der Datenverarbeitung an den über 20 000 Schalterstellen der Post und der Aufbau einer entscheidungs- und kontrollorientierten Leistungs- und Kostenrechnung.

Seit dem 01. 04. 1990 ist das Amt eng in die Organisation der Generaldirektion POSTDIENST eingebunden und wird

Als Postler kann man wie jedermann versichert sein.

Oder wie ein Postler.



Den Beamten, Angestellten und Arbeitern der Post bietet die IDUNA/NOVA-Gruppe ein überzeugendes Konzept: Die VÖDAG-Spezialtarife. Das bedeutet für Sie: Sparen und dennoch voll versichert sein. Profitieren Sie von den umfassenden Leistungen der IDUNA/NOVA, die schon aus Tradition dem öffentlichen Dienst verpflichtet ist. Man kann also an der Versicherung sparen. Man muß nur wissen wie. Informieren Sie sich deshalb über die günstigen Konditionen der IDUNA/NOVA.

IDUNA // NOVA

Aktiv im Rahmen Ihrer Ziele.

Versicherungen Altersvorsorge Bausparen Investment

Heye & Partner

ausschließlich Arbeiten für das Unternehmen Deutsche Bundespost POSTDIENST erledigen. Sein Personalbestand hat sich auf 1000 Arbeitskräfte verringert. Die bisher erledigten Arbeiten für die Postbankdienste werden seither von einer neuen, weiteren Mittelbehöde in Darmstadt, der Zentralstelle POSTBANK erledigt. Die bisher für das Unternehmen Deutsche Bundespost TELEKOM wahrgenommenen Aufgaben wurden an das FTZ abgegeben.

Beide Zentralämter haben die technische, betriebliche und organisatorische Entwicklung der Deutschen Bundespost hin zu einer der modernsten und leistungsfähigsten Dienstleistungsverwaltungen beeinflußt. Beide Ämter sind wichtige Partner der Industrie und haben dazu beigetragen, den Namen Darmstadts in der Welt bekanntzumachen. Sie zählen in Darmstadt zu den Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen von Rang.

Hans-M. Lichtenthäler

SELBSTVERSTÄNDNIS D ERFOLGTER DEREGULIE

Die nachstehende Rede wurde von Herrn Staatssekretär Görts aus dem BMPT anläßlich der VHP-Beiratssitzung im September 1990 in Koblenz gehalten. Die in der Rede enthaltenen Ausführungen sind so interessant, daß sich die Redaktion entschlossen hat, die Rede im Wortlaut zu veröffentlichen.

Meine Damen und Herren,
die Postreform ist nun schon über ein Jahr in Kraft. In diesem Jahr haben die neuen organisatorischen Strukturen schon erste Wirkungen entfalten können, so daß es möglich ist, aus der Sicht des Bundesministeriums für Post und Telekommunikation über das „Selbstverständnis des Regulierers nach erfolgter Deregulation" zu sprechen. Ich möchte mich in meinem Redebeitrag allerdings nicht alleine auf die Sichtweise der Regulierungsbehörde beschränken; vielmehr geht es mir darum, einige Gedanken dazu vorzutragen, wie die Regulierungsaufgabe auf das Verhältnis zwischen dem Ministerium und den Unternehmen einwirkt.

Definition von Regulierung

Lassen Sie mich aber zunächst einiges zu den Fragen „Was ist Regulierung?" und „Welche Regulierungsinstrumente gibt es?" in Erinnerung rufen. Die wirtschaftspolitische Diskussion versteht unter Regulierung Maßnahmen, mit denen der Staat in die individuelle Vertragsfreiheit und damit in die Handlungsfreiheit der Wirtschaftssubjekte eingreift. Ausgelöst werden alle diese Eingriffe durch die Vorstellung politischer Entscheidungsträger, daß das, was der freie, unregulierte Markt jeweils an Ergebnissen zeitigt, mit wünschenswerten Ergebnissen nicht übereinstimmt. Dies ist bereits ein ganz entscheidender Punkt unserer Politik. Wir müssen uns nämlich darüber klar werden, daß wir uns, bevor wir in den Markt eingreifen, immer fragen müssen, ob die durch Eingriffe veränderten Marktergebnisse wirklich besser sind als die, die sich ohne Eingriffe ergeben würden; und wenn wir wirklich bessere Ergebnisse erwarten können, müssen wir uns fragen: Für wen sind die Ergebnisse besser? Wie nachhaltig wirkt die Verbesserung? Wer muß für die Verbesserung letzten Endes bezahlen? Es ließen sich hierzu noch weitere Fragen aufführen, doch ich glaube, es ist bereits klar geworden, daß unbedachtes Eingreifen in den Markt und damit in die Geschäftspolitik der Unternehmen — sowohl der Unternehmen der DBP als auch der Privaten — nicht das Ergebnis der Postreform sein wird.

Dabei gehen wir von dem Gedanken aus, daß in unserer Wirtschaftsordnung der *Wettbewerbsmarkt* die Regel und gleichzeitig die zu schützende und zu fördernde Marktform ist. Dies bedeutet, daß uns die Funktion der Regulierungsbehörde da vor besondere Aufgaben stellt, wo die Unternehmen der DBP auch nach der Postreform *Monopolaufgaben* behalten haben. Über die Grundgedanken, von denen die Monopolregulierung ausgeht, werde ich noch sprechen. Doch möchte ich bereits an dieser Stelle sagen, daß wir auch in dem Bereich der Regulierung von Monopolbereichen erwünschte Wirkungen und mögliche Nebenwirkungen der Regulierung gegeneinander abzuwägen haben.

Regulierungsinstrumente gegenüber den Unternehmen der DBP

Dem BPMT steht zur Regulierung eine Anzahl von Instrumenten zur Verfügung, die er im Sinne der eben dargelegten Grenzziehung einsetzen wird.

Exemplarisch möchte ich im folgenden einige dieser Regulierungsinstrumente aufführen.

Als *erstes* sind hier Rechtsverordnungen zu nennen, wie z. B. die nach § 30 Abs. 1 PostVerfG. Dieses Regulierungsinstrument erlaubt es, die Beziehungen zwischen Kunden und Postunternehmen so zu beeinflussen, daß insbesondere Ansprüche der Kunden im Hinblick auf die Qualität der Dienstleistungen gewahrt werden. Erste Entwürfe für eine Postdienst- bzw. Telekommunikationsverordnung sind im BMPT bereits erarbeitet worden und werden der interessierten Öffentlichkeit zu gegebener Zeit zur Diskussion zugeleitet werden.

ES REGULIERERS NACH
RUNG

Zum *zweiten* gibt es Genehmigungsrechte des BMPT etwa für die Monopoltarife des Post- und Fermeldewesens sowie für die Wirtschaftspläne der drei DBP-Unternehmen, wodurch u. a. auch über den Umfang des zulässigen Finanzausgleichs zwischen den Unternehmen entschieden werden wird. Als aktueller Vorgang ist die Genehmigung von Leistungsentgelten zu nennen, die der D 2-Netzbetreiber Mannesmann Mobilfunk GmbH für die Anmietung von Übertragungswegen der DBP TELEKOM zu zahlen hat.
Als *drittes* sind die Verwaltungsvorschriften nach § 1 Abs. 5 FAG anzuführen, die dazu dienen, Monopolrechte des Bundes auf die DBP TELEKOM zu übertragen und die konkrete Ausgestaltung zu regeln. Erste Überlegungen zu Inhalt und Formulierung der Ausgestaltung einer Verwaltungsvorschrift für die Übertragung der Rechte aus dem Netzmonopol auf die DBP TELEKOM sind in Form eines „Eckpunktepapiers" vor wenigen Tagen der Öffentlichkeit bekannt gemacht worden. In der nächsten Zeit kann zu diesem Eckpunktepapier Stellung genommen werden.
Schließlich sind als Regulierungsinstrumente noch die Vorgabe bedeutsamer mittel- und langfristiger Unternehmensziele, die laufende Rechtsaufsicht und die Lizenzierung privater Betreiber von Satelliten- und Mobilfunkanlagen zu nennen.

Dieses Instrumentarium stellt in seiner Gesamtheit einerseits eine starke Eingriffsmöglichkeit in die Wirtschaftsbereiche der Unternehmen der Deutschen Bundespost dar. Auf der anderen Seite steht das Wissen darum, daß nur wirtschaftlich leistungsfähige und von unnötigen Eingriffen freie Unternehmen die von allen gewünschten Wachstumskräfte auf den Post- und Telekommunikationsmärkten entfalten können.
Unsere Aufgabe wird es also sein, in einem ständigen Prozeß der Abwägung zwischen den unternehmerischen Interessen der DBP und den Belangen der gesamten Vorkswirtschaft den jeweils zweckmäßigsten Einsatz dieser Mittel, sozusagen den richtigen Instrumenten-Mix herauszufinden.

Regulierung privater Anbieter

Es gibt neben den Eingriffsmöglichkeiten seitens des BMPT gegenüber den Unternehmen der DBP auch Regulierungsinstrumente gegenüber privaten Unternehmen. Hierbei ist insbesondere an die Lizenzerteilung für den D-2 Betreiber, die Mannesmann Mobilfunk GmbH, zu denken.
Grundsatz sämtlicher Regulierungsmaßnahmen ist allerdings, daß der dominante Anbieter, in der Regel ein DBP-Unternehmen, Auflagen erteilt bekommt, die sein Verhalten gegenüber Kunden und auch gegenüber Wettbewerbern betreffen. Damit soll ein chancengleicher und wirksamer Wettbewerb auf den regulierten Märkten möglich werden.

Grundsätzliche Zuordnung der Aufgaben des Post- und Fernmeldewesens

Lassen Sie mich nun zum zentralen Punkt meiner Ausführungen kommen, nämlich dem Selbstverständnis und den Aufgaben des Bundesministeriums für Post und Telekommunikation nach der Neustrukturierung. Ausgangspunkt unserer Überlegungen zu dieser Frage ist, daß die Aufgaben des Post- und Fernmeldewesens in der Bundesrepublik Deutschland vom Bundesminister für Post und Telekommunikation *und* der Deutschen Bundespost wahrgenommen werden. Der BMPT hat nach dem PostVerfG eine Verantwortung für den gesamten Post- und Telekommunikationsmarkt.
Dies erscheint zunächst als eine Selbstverständlichkeit, doch ergeben sich daraus Konsequenzen, die wir alle gemeinsam noch im einzelnen erfassen und bewerten müssen. In einer freien, marktwirtschaftlich organisierten Wirtschaftsordnung bilden Branchenministerien einen Ausnahmefall.
Wir müssen uns deshalb die Frage vorlegen, welche spezifischen Gründe es sind, die dafür sprachen, ein eigenes Ministerium für die Wirtschaftsbereiche von Post und Telekommunikation einzurichten und welche Anforderungen sich daraus an die Führungskräfte ableiten.

Schwerpunkte der Post- und Telekommunikationspolitik

Dies bedeutet, daß wir uns zunächst Gedanken darüber machen müssen, welches die hauptsächlichen Zielsetzungen der Post- und Telekommunikationspolitik in der Bundesrepublik Deutschland sein sollen; dabei ist es Aufgabe des Staates und damit des zuständigen Ministeriums, die Zielsetzung zu entwerfen und sie den am Markt beteiligten Unternehmen als Rahmenbedingungen für ihr Handeln vorzugeben.
Ich sehe drei ganz wesentliche Bereiche der Post- und Telekommunikationspolitik. Dies ist einmal die Weiterentwicklung einer *Infrastruktur* für die Kommunikation in unserem Land und zwischen unserem Land und der übrigen Welt. Dies ist zum zweiten die Aufgabe, auf dem Sektor von Post und Telekommunikation — entsprechend den Grundgedanken unserer Wirtschaftsordnung — für ein leistungsfähiges *Angebot privater Unternehmen* Sorge zu tragen und dies ist drittens die *Förderung von Innovationen* in diesem Sektor, damit wir im Bereich von Information und Kommunikation zu einer modernen Produktionsstruktur in unserer Volkswirtschaft beitragen.

Politikschwerpunkt: Infrastruktur

Erstens: Die *Infrastruktur,* meine Damen und Herren, ist der Bereich unseres Staates und des gesamten Wirtschaftslebens, der bereits vorhanden sein muß, bevor private Unternehmer

investieren können oder wollen. Mir ist bewußt, daß der Begriff der Infrastruktur unterschiedlich interpretiert wird und daraus folgt für mich, daß wir in der nächsten Zeit darüber nachdenken müssen, welche spezifische Bedeutung dieser Begriff für den Bereich von Post und Telekommunikation erhalten muß.

Aber es ist auch heute schon deutlich, daß es vier Ziele gibt, die man mit den Mitteln der Infrastrukturpolitik erreichen kann: Dies ist einmal die Versorgung der breiten Bevölkerung mit Telekommunikations- und Postdienstleistungen, dies ist zum anderen die Schaffung der Voraussetzung dafür, daß durch Vorausinvestitionen des Staates private Unternehmen in Dienste und Endgeräte im Telekommunikationssektor investieren. Dies ist zum dritten die mit hoher Zustimmung der öffentlichen Meinung geforderte Verfügbarkeit von Post und Telekommunikationsdienstleistungen auch abseits der Wirtschaftszentren und ihrer Verbindungsachsen mit Post- und Telekommunikationsdienstleistungen und dies ist zum vierten die Gleichbehandlung durch den Post- und Telekommunikationsdiensteanbieter.

Wir werden auch hier eine Fülle von Fragen noch zu klären haben, beispielsweise die Frage: Welche Dienstleistungen gehören zu einer Grundversorgung, an welchen Orten müssen sie verfügbar sein? Welche Kooperationen mit anderen Anbietern öffentlicher und privater Dienste sind vorstellbar? Oder die Frage, welche Pflichtleistungen die Unternehmen der Deutschen Bundespost finanziell verkraften können.

Auch die konkrete Ausgestaltung der sogenannten Gebühreneinheit im Raum wird uns noch zu beschäftigen haben. Hierbei wird zu berücksichtigen sein, daß nach der bisherigen Ausprägung dieses Prinzips, beispielsweise im Briefdienst, die Entfernung als Gebührenfaktor keine Bedeutung hat, im Fernmeldebereich umgekehrt die Entfernung ein noch sehr starkes Gewicht bei der Gebührengestaltung behalten hat. Insgesamt aber kann kein Zweifel darüber bestehen, daß in Deutschland Post und Telekommunikation zu den Bereichen gehören, in denen die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung auch eine Aufgabe des Staates sieht.

Politikschwerpunkt: Förderung des privatwirtschaftlichen Angebotes

Der *zweite* Hauptbereich, meine Damen und Herren, den ich angesprochen habe als Handlungsfeld der Post- und Telekommunikationspolitik ist die Schaffung der Voraussetzungen dafür, daß sich ein *leistungsfähiges privatwirtschaftliches Angebot* neben dem des Unternehmens der DBP entfalten kann. Hier ist es die entscheidende Aufgabe des BMPT, die Rahmenbedingungen dafür zu setzen, daß der Bereich Post und Telekommunikation als ein wichtiger Sektor moderner arbeitsteiliger Volkswirtschaften die notwendige Förderung erfährt.

Ein großer Teil der privaten Wettbewerber der Unternehmen der DBP gehört zu den kleinen und mittelgroßen Unternehmen. Sie benötigen in dieser wichtigen Phase des Entstehens eines privaten Marktes für Telekommunikationsdienstleistungen unseren Schutz, damit sie ihre Stärke, innovativ zu sein und auch kleineren Kundengruppen mit spezifischen Leistungen zu dienen, zur Geltung bringen können.

Ohne eine konsequente Politik der Schaffung von Chancengleichheit für alle Marktteilnehmer auf den Post- und Telekommunikationsmärkten kann die wichtige Aufgabe, den Industriestandort Deutschland zu fördern, nicht gelöst werden. Innovative und spezialisierte Diensteanbieter sind für eine hochindustrialisierte Wirtschaft ein Qualitätsmerkmal, das von Unternehmen aus dem In- und Ausland als entscheidende Voraussetzung für langfristige Investitionen und damit für die Schaffung von Arbeitsplätzen betrachtet wird.

Politikschwerpunkt: Förderung von Innovation

Lassen Sie mich nun noch zu dem *dritten* von mir erwähnten Tätigkeitsfeld der Post- und Telekommunikationspolitik etwas sagen, dem des Beitrags zu einer modernen Produktionsstruktur. Wie wir alle wissen, ist die Entwicklung der Telekommunikation insbesondere durch das Zusammenwachsen traditioneller Fernmeldetechnik mit dem Wachstumsbereich Datentechnik möglich geworden.

Bei dem Thema „moderne Produktionsstruktur" geht es nicht um das traditionelle Thema des Schutzes heimischer Industrie. Es geht auch nicht in erster Linie um den Schutz bestehender Arbeitsplätze, wenngleich dies immer eine wichtige Aufgabe auch des Staates ist.

In diesem Bereich geht es vor allem darum, durch die Schaffung von guten Entfaltungsmöglichkeiten für private Anbieter von Telekommunikationsdienstleistungen gleichzeitig die Basis für das Angebot nach den Produkten aus diesen Diensten zu schaffen. Damit können auch in unserem Land Produktionsstrukturen entstehen, die mit hoher Wahrscheinlichkeit in den nächsten Jahrzehnten zu den Wachstumssektoren gehören werden. Ein Beispiel dafür ist der weltweit wachsende Bereich der Finanzdienstleistungen. Waren, Devisen und Aktien werden weltweit rund um die Uhr gehandelt. Der Handel findet elektronisch auf der Basis von Telekommunikationsdiensten statt. Die modernen arbeitsteiligen Volkswirtschaften sind mehr und mehr auf schnell und reibungslos arbeitende Waren- und Finanzhandelszentren angewiesen. Auf deren Funktionieren bauen Industrie und Handel auf.

Allgemein kann man sagen: Ein möglichst freier Wettbewerb schafft neue Dienste, erfindet neue Anwendungsmöglichkeiten, die zu neuer Nachfrage führen. Diese Nachfrage ist dann die ökonomische Grundlage für Arbeits-

plätze in einem Wachstumsbereich der Produktion.
Wir sind hier bereits auf einem guten Weg. Dies zeigt ein Blick in die Statistik der deutschen Erfindungen, die im Bereich der Mikroelektronik angewandt werden. Während 1988 im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik, also in der Büromaschinen-, DV-, Unterhaltungselektronik- und Nachrichtentechnik insgesamt nur 12% aller Erfindungen aus Deutschland kamen, waren es demgegenüber im Bereich der Nachrichtentechnik allein bereits 17%. Durch die Gestaltung der Forschungspolitik in diesem Bereich, auf die auch das BMPT Einfluß nehmen wird, wird auf diesem Weg weitergegangen werden.

Doppelfunktion der Unternehmen der Deutschen Bundespost

Wie sollen nun diese drei Grundaufgaben der Post- und Telekommunikationspolitik realisiert werden? Ich möchte bei dieser Gelegenheit auf einen Punkt hinweisen, der meines Erachtens einen entscheidenden Fortschritt darstellt. Ich meine die Doppelaufgabe der Unternehmen der Deutschen Bundespost.
Noch Mitte der achtziger Jahre war es für viele Wirtschaftspolitiker eine Selbstverständlichkeit, daß im Bereich von Post und Telekommunikation die *Grundversorgung* durch die Deutsche Bundespost erfolgen könne, *innovative Dienste*, die eine Angebotsvielfalt mit sich bringen und spezifische Kundenbedürfnisse befriedigen, ausschließlich durch private Unternehmen im Wettbewerb zu erfolgen hätten.
Sie werden sich erinnern, daß diese ordnungspolitische Grundeinstellung unter dem Schlagwort „Subsidiaritätsprinzip" bei allen wichtigen Entscheidungen, die innerhalb der Deutschen Bundespost anstanden, zwischen den beteiligten Ministerien und in der interessierten Öffentlichkeit diskutiert worden ist. Durch die Postreform haben die Unternehmen der Deutschen Bundespost eine gesetzlich abgesicherte Grundlage erhalten für ihre Doppelaufgabe, namlich einmal die *Grundversorgung sicherstellen* und zum anderen als *gleichberechtigte Partner am Wettbewerb* teilzunehmen.
Dies ist auch deshalb ein entscheidender Fortschritt, weil durch dieses Modell die Unternehmen der Deutschen Bundespost im Wettbewerb mit anderen Neues aufnehmen und das im Wettbewerbsbereich gelernte ökonomische Verhalten auch — wo es sinnvoll ist — in ihren Monopolbereichen einsetzen können.

Aufgaben des BMPT

Insbesondere diese neu hinzugewonnene unternehmerische Freiheit der Deutschen Bundespost macht es nun erforderlich, die Aufgaben des BMPT zu betrachten, die es auf den Märkten für Post und Telekommunikation zu erfüllen und für die es seine Regulierungsinstrumente einzusetzen hat.
Die Position des BMPT hat sich durch die Postreform entscheidend gewandelt. Zwar ist das Ministerium auch und nach wie vor eine Instanz, die das Vermögen der DBP für den Bund in seiner Eigenschaft als Eigentümer verwaltet. Das Ministerium hat insoweit also auch die ökonomische Entwicklung der Unternehmen der Deutschen Bundespost zu fördern.

Ordnungspolitisch jedoch ist das Ministerium eine Einrichtung für alle Anbieter und alle Nachfrager auf den Post- und Telekommunikationsmärkten. Dies bringt zunächst einmal eine Schiedsrichterfunktion mit sich. Damit ist gemeint, daß jede Entscheidung des Ministeriums, die sich auf die Märkte auswirken könnte, einmal aus der Sicht der Unternehmen der DBP und im gleichen Augenblick zum anderen aus der Sicht der Wettbewerber der Unternehmen der Deutschen Bundespost betrachtet werden muß. Das Ziel dieser *Schiedsrichterfunktion* ist die Herstellung von Chancengleichheit aller Marktbeteiligten.

Abgrenzung Monopol und Wettbewerbsbereiche

In diesem Zusammenhang erscheint mir wichtig zu betonen, daß wir die Stellung des Ministeriums in der *Öffentlichkeit* noch deutlicher herausstellen müssen. da in den DBP-Unternehmen, die über Monopolrechte verfügen (POSTDIENST und TELEKOM), die Trennung zwischen Monopolbereich und Wettbewerbsbereich „strukturell" nicht vollzogen worden ist und auch noch nicht nach außen deutlich gemacht wurde, sehe ich eine Aufgabe für die nächste Zukunft darin, diese Abgrenzung auch im Hinblick auf die Organisation und auf das Rechnungswesen — hier ist insbesondere an Daten zu denken, die im Geschäftsbericht veröffentlicht werden — jedermann gegenüber klar sichtbar zu machen.
Diese Trennung zwischen Monopol und Wettbewerbsbereichen ermöglicht es uns, nach außen unseren festen Willen zu bekunden, die Wettbewerbsbereiche zu gestalten, daß auf den Märkten von Post und Telekommunikation die bereits vorhandenen und die potentiellen Mitwettbewerber gute und den Unternehmen der DBP vergleichbare Chancen erhalten.
Die betriebswirtschaftlich sicherlich zu akzeptierende Formel, daß „alle Leistungen aus einer Hand" angeboten werden, könnte zu Mißverständnissen im Hinblick auf die Bedeutung der Strukturreform der Post führen, da der Anbieter DBP TELEKOM sowohl Monopolleistungen als auch Wettbewerbsleistungen aus „derselben" Hand anbietet.
Ich halte es daher für eine entscheidende Aufgabe der nächsten Zeit, durch *klare organisatorische Abgrenzung* des Monopols von den Wettbewerbsbereichen und durch die Abgrenzung der Kostenrechnungssysteme hinsichtlich Monopol und Wettbewerb, gegenüber der Öffentlichkeit und den parlamentarischen Gremien deutlich zu machen, daß das BMPT

eine für alle Marktbeteiligten unabhängige Instanz ist.
Insgesamt gesehen, meine Damen und Herren, bedeutet dies, daß die Post- und Telekommunikationspolitik, wie ich sie oben beschrieben habe, darauf gerichtet ist, die bestmögliche Versorgung des Marktes mit Post- und Telekommunikationsdienstleistungen zu erreichen. Die Unternehmen der DBP werden dabei im Wettbewerb mit privaten Anbietern gemeinsam zum Wachstum des Marktes beitragen.

Verfahrenskultur zwischen BMPT und Unternehmen

Die Zielsetzungen des Poststrukturgesetzes sind ohne ein vertrauensvolles Zusammenwirken zwischen den Unternehmen der DBP und dem Ministerium nicht erreichbar. Bei dieser Zusammenarbeit sollte aber auch die „Interessierte Öffentlichkeit" mit einbezogen werden. Regulierungsmaßnahmen müssen nach außen hin transparent erscheinen. Das Einbeziehen von Marktteilnehmern, auch der Unternehmen der DBP, bei der Vergabe der Satellitenlizenzen, bei der Abgrenzung des Netzmonopols und beim Erstellen des Pflichtleistungskonzepts sind hier als Beispiele zu nennen. Diese Transparenz der Entscheidungen des BMPT eröffnet neben anderen Vorteilen auch die Möglichkeit, Reibungsverluste zwischen BMPT und den Unternehmen abzubauen. Diese Offenheit wird uns bei der Entwicklung einer, wenn Sie mir dieses Wort gestatten, neuen *Verfahrenskultur* zwischen Ministerium und Unternehmen der Deutschen Bundespost helfen.
Wir müssen erreichen, daß wir alle die Funktionen der Unternehmen auf der einen Seite und dem Ministerium auf der anderen Seite mit ihren Unterschieden akzeptieren. Wir müssen lernen, daß unterschiedliche Interessen auszugleichen sind, daß die Unternehmen die betriebswirtschaftlichen Interessen betonen müssen, während das BMPT die oben beschriebenen Funktionen des Förderers „unserer" Märkte und des Schiedsrichters zwischen den Marktpartnern ausüben muß. Wir müssen lernen, daß diese unterschiedlichen Funktionen nur dann zum Wohl der Allgemeinheit ausgeführt werden können, wenn sich die Führungskräfte im BMPT und in den Unternehmen der Deutschen Bundespost durch die unterschiedlichen Aufgabenstellungen nicht davon abhalten lassen, konstruktiv und kollegial zusammenzuarbeiten.
Wenn wir als erste Zielsetzung der Postreform gemeinsam die bestmögliche Versorgung der Märkte von Post und Telekommunikation sowohl mit Infrastrukturdiensten als auch mit reinen Wettbewerbsdiensten begreifen und anerkennen, daß die Unternehmen der DBP, private Anbieter auf diesen Märkten und das BMPT nur unterschiedliche Aufgaben haben, die zu diesem gleichen Ziel führen, wird bei aller Unterschiedlichkeit der Interessenlagen der Beteiligten gegenseitiges Verständnis der Führungskräfte auf der Basis dieser gemeinsamen Zielsetzung entstehen.
Dieses gegenseitige Verständnis und das Wissen um die hohe Bedeutung von Information und Kommunikation sowohl für die Weiterentwicklung unserer Wirtschaft als auch für den Austausch von Meinungen in einer freien Gesellschaft wird die oft harte Arbeit im Wettbewerb erleichtern.

ERFAHRUNG
FA DRESDEN

Der 132 Seiten umfassende Erfahrungsbericht wurde im Dez. 90 der GDT vorgelegt, obwohl kein Abschlußbericht gefordert war. Die folgende Zusammenfassung wurde dem Bericht entnommen.

Generaldirektion Telekom
Herrn Gallist
V 9
Postfach 20 00
5300 Bonn
21. 12. 90
Pilotprojekt „FA Dresden"
hier: Abschlußbericht
Sehr geehrter Herr Gallist,
beigefügt lege ich, nach 9 Wochen hektischer Arbeit in Dresden, unseren Abschlußbericht vor.
Ein Abschlußbericht war nicht verlangt, also wird er sicher auch nicht gelesen. Das ist zwar ärgerlich, aber wohl systembedingt. Das Chaos, das wir in unserem Bericht schildern, wird sich dann eben fortsetzen.
Wir begrüßen die Unternehmensentscheidung, mit weiteren 500 Kräften aus West-FÄ die Ost-FÄ arbeitsfähig zu machen, sehr. Wir nehmen uns aber die Freiheit zu meinen, daß es so nicht funktioniert. Aber unsere Meinung war bisher nicht gefragt und ist offenbar auch jetzt noch nicht gefragt.
Trotzdem legen wir — wie gesagt — unseren Bericht vor, sehr wohl wissend, daß sich der ernsthafte Leserkreis in sehr engen Grenzen halten wird.
Borg

1. Angetroffener Zustand
1.1 Die ersten Kontakte
Mit etwas Zurückhaltung standen zunächst die Dresdner Kollegen der Projektgruppe gegenüber; das merkte man nicht nur in fachbezogenen Diskussionen, sondern auch im halbdienstlichen Bereich — beim Mittagessen, beim Zusammentreffen in den Gängen oder beim Warten auf den Beginn von Besprechungen o. ä.. Diese Zurückhaltung hat sich aber inzwischen fast völlig gelegt und ist Interesse und Aufgeschlossenheit gewichen.

SBERICHT ZUM „PILOTPROJEKT

„Zum Aufbau funktionsfähiger Fernmeldeämter in den neuen Bundesländern wurden Ende letzten Jahres mehrere Aufbaustäbe von Partner-Ämtern aus dem Westen in die ehemalige DDR zu einem 6wöchigen Einsatz geschickt. Der AV des FA Ulm, Herr Dipl.-Ing. Borg, war in dieser Funktion mit seinem Aufbaustab in Dresden und hat abschließend einen Erfahrungsbericht verfaßt.

1.2 Personalbestand und Qualifikation
Es war schwierig, einen Überblick über die Zahl der vorhandenen und der notwendigen Kräfte zu erhalten. Erschwert wurde das dadurch, daß die Organisationsform des Amtes völlig anders und die räumliche Unterbringung in vielen voneinander abgesetzten Gebäuden die Regel war. Ebenso schwierig war, die Qualifikation und den Sachverstand der MA zu beurteilen. Wir haben uns daher schon in den ersten Tagen entschlossen, die Flucht nach vorne anzutreten und uns nicht noch groß auf Vergangenes zu konzentrieren: Wir wollten neue DSt aufbauen und hier den vorhandenen Sachverstand zusammenziehen. Die einzige Möglichkeit hierzu sahen wir in der Ausschreibung von Dienstposten, d. h. in der Vergabe von dienststellen- und dienstpostenbezogenen Funktionen. Dabei haben wir sehr wohl unterschieden zwischen dem Dipl.-Ing. mit Universitätsstudium bzw. Fachhochschule mit Ganztagsstudium einerseits und der Ingenieur-Ausbildung mit Fern- und Abendstudium andererseits. Die Vielzahl von Ingenieuren (ca. 500) ließ sich auf diese Weise in die CFt (A 10 aufwärts)- und BFt (A 8/9)-Laufbahn aufspalten.

Auch heute noch muß bezüglich der Feststellung der Qualifikation und von Personal-Ist- und -Soll-Zahlen von einem „Chaos" gesprochen werden, weil durch die Zusammenlegung der verschiedenen Org-Einheiten keine einheitliche Linie erreichbar ist.
Und wir fragen uns schon jetzt: Wie soll die DSt Pe je funktionieren, wenn nicht sofort im Beitrittsgebiet unsere Personalbuchführung eingeführt wird?

1.3 Räumliche Unterbringung
Die räumliche Unterbringung sowohl der Technik als auch des Personals erscheint uns denkbar schlecht. Die Aufnahmekapazität der Technikgebäude ist fast überall erschöpft. Neubauten waren in der Vergangenheit die Ausnahme. Die Folge sind jetzt überall Erweiterungen als Container-Lösung. Ähnlich sieht es im personellen Bereich aus: Schon die „alten" Dienststellen waren beengt untergebracht; da jetzt neue DSt durch Zusammenfassung von Kräften aus mehreren „alten" DSt gebildet werden, müssen dringend neue Räume oder Gebäude eingerichtet werden. Unsere heftigen Bemühungen in dieser Richtung (2 PIH-Kräfte) waren fast völlig erfolglos.

1.4 Angetroffene Probleme
1.4.1 Räume und Gebäude
Es war so gut wie unmöglich, Räume oder Gebäude in Dresden anzumieten. Auch mit Hilfe von Maklern hatten wir keinen Erfolg. Nach dem großen Ärger mit dem (mit der Leitung beauftragten) Leiter der Postdirektion Postdienst Dresden, Herrn Bader, der uns ein seit 1979 zugesagtes Gebäude von heute auf morgen durch Verschließen aller Räume mit anderen Schließzylindern entzog, standen unsere Planungsstellen F und L wieder regelrecht auf der Straße. Seine Behauptung, er brauche das ganze Gebäude sofort zur Unterbringung der Postbetriebskrankenkasse, erscheint uns nach wie vor unwahr, da bisher (Stand 05. Dez. 90) noch kein einziger Raum vom Postdienst bezogen wurde.
Diese so offensichtliche Boykottierung von TELEKOM haben wir beim V 9 — Herrn Gallist — sehr heftig moniert. Da die Räume jetzt immer noch nicht bezogen wurden, überlege ich, ob ich gegen Herrn Bader nicht eine Dienstaufsichtsbeschwerde einreichen soll oder ob die GD T nicht jetzt von sich aus tätig werden müßte. Jedenfalls sollte TELEKOM sich das nicht gefallen lassen!

1.4.2 Amtsbotendienst
Ein ganz wichtiges — eigentlich nebensächliches — Problem war das Fehlen eines Amtsboten. Bisher war jede DSt für die Beförderung (Holen und Bringen) von Vorgängen selbst zuständig. Ein Amtsbote westlicher Prägung mit einem festgelegten Dienstgang (mit dFz) von DSt zu DSt und einer vorgeschriebenen Verteilung innerhalb der DSt, nach Möglichkeit 2 x pro Tag, war im Amt etwas ganz Neues. Fast 2 Monate haben wir benötigt, um den motorisierten Amtsboten durchzusetzen und um die notwendigen Laufmappen zu beschaffen.

1.4.3 Sachmittel
Möbel, Sachmittel, Fahrzeuge und technische Ausstattung waren bei weitem nicht in der erforderlichen Menge vorhanden. Die Einleitung der Beschaffung gelang erst, nachdem zusätzliche Fachkräfte aus unserem Amt (Hv, PIH, Kr, Lz, MgF) zeitweise abgeordnet und auf diese Probleme angesetzt wurden.

2. Personalgewinnung
Die Abteilungsleiter haben wir, nach eingehenden Besprechungen mit dem mit der Leitung des Amtes Beauftragten, durch Setzung vorgenommen (die Personalratswahlen fanden erst 2 Wochen später statt). Anschließend wurden die Dienstposten von 36 StV, 14 Tage später die Dp von ca. 190 Sachbearbeitern und nochmals 14 Tage später die Dp von 680 MA ausgeschrieben und, personalvertretungsrechtlich einwandfrei, im 14tägigen Abstand vergeben (Vergabe von Funktionen ohne Bewertung).
Als Grundlage für Zahl und Bewertung der Dp haben wir die Struktur des FA Ulm zugrunde gelegt.

3. Probleme — gelöste und ungelöste
3.1 Leitungsorganisation
Die gesamte Leitungsorganisation ist im Beitrittsgebiet völlig unbekannt. Delegation in irgendeiner Form ist geradezu verdächtig. Die Verantwortungsbereitschaft auf der StV- und Sb-Ebene ist so gut wie gar nicht vorhanden.
Nachdem uns von der FüAk mitgeteilt wurde, daß die gelbe Broschüre „Leitlinie" nicht mehr vorhanden bzw. nicht wieder aufgelegt werde, haben wir diese Leitlinie selbst kopiert, vervielfältigt, den AbtL und StV ausgehändigt und in einem Kurzvortrag das Wichtigste erläutert.

3.2 Besprechungen
Die wichtigste Besprechung im Amt scheint die allmorgendliche 2stündige Post-Eingangsbesprechung des AV mit seinen AbtL zu sein. Außer dem „Besprechen" werden hier auch gleich die Arbeitsaufträge an die AbtL erteilt.
Besprechungen unserer Prägung mit kooperativer Entscheidungsfindung, insbesondere in festgelegten Zeitabschnitten, sind weitgehend unbekannt.

3.3 Auflösung von Organisationseinheiten
In Dresden bestanden 20 Organisationseinheiten (siehe Anlage), die größtenteils zu einem Amt der Normalform umzuorganisieren oder zusammenzufassen waren. Das Beharrungsvermögen, alte Strukturen und damit den eigenen Arbeitsplatz zu erhalten, war unerhört groß. Erst die schriftliche Anordnung bzw. die schriftliche Mitteilung, „ab ... ist die Org. Einheit xy aufgelöst und geht zum gleichen Zeitpunkt in das FA Dresden über" schaffte unumstößliche Fakten (aber keine Freude).
Besonders schwierig war es, an die Mitarbeiter zentraler Einheiten heranzukommen, z. B. an die in Dresden ansässigen Einheiten des Zentralamtes Funk und an das Funkamt Dresden.

3.4 Postbetriebsärztlicher Dienst und Arbeitssicherheit
Beide Dienstzweige scheinen uns sehr vernachlässigt. Es gab zwar einen Postarzt, aber einen, der „nebenbei" behandelte, d. h. eine ärztliche Praxis betrieb. Zur Zeit wird der betriebsärztliche Dienst von einem Postarzt beim Postamt Dresden mitversehen. 1 Stunde/Tag. Das ist u. E. z. Z. ganz untragbar. Die Tatsache, daß es eine vom FA festangestellte Betriebsschwester gibt, die bei Kopfschmerzen, Beulen und kleinen Schnittverletzungen erste Hilfe leistet, ist nur ein mangelnder Ersatz.

Als wir uns um Unterstützung für Dresden bei unserem Postbetriebsarzt bemühten, fanden wir offene Ohren. Die OPD (Postdienst) gestattete „großzügig" die Dienstreise des Postbetriebsarztes aus Ulm, allerdings nicht die Dienstreise des leitenden Postbetriebsarztes aus Stuttgart.
Die Anwesenheit des Postbetriebsarztes öffnete uns die Augen für bisher nicht beachtete Details — es hat sich gelohnt!
In diesem Zusammenhang fiel uns erstmals auf, daß wir auch die FASi mitnehmen sollten.
Da sich das zeitlich und persönlich nicht realisieren ließ, haben wir den „Sicherheitsinspektor Ost" für 1 Woche in das FA Ulm geholt und so erste (wichtige) Kontakte geknüpft.
Auch hier stellt sich uns die Frage: Läßt sich die Anwesenheit von Arzt und FASi überhaupt noch mit unserem Auftrag „Investitionssteuerung und Aufbauorganisation" vereinbaren, d. h. beinhaltet er auch diese „abseits liegenden" Dienststellen. Inzwischen meinen wir: Ganz sicher müssen wir uns auch um Leben, Gesundheit und Arbeitssicherheit unserer Kollegen in Dresden kümmern.

Kein Fehler wäre es, wenn zentrale Vorgaben hier den gewünschten Weg aufzeigen würden. Zu warten, bis der Postdienst endlich aktiv würde, halten wir für falsch. Ein TELEKOM-Postbetriebsarzt in eigenen, zentral liegenden Räumen wäre sicher das Optimum.

3.5 Ein oder zwei FÄ in Dresden?
Immer wieder tauchte die Version auf, in Dresden sofort oder spätestens 1991 ein zweites FA aufzubauen. Dabei blieb offen, ob dieses zweite FA in Dresden oder außerhalb (z. B. in Bautzen) seinen Sitz haben soll.

Mit Vehemenz sträubt sich die Projektleitung gegen solche Pläne. Wir sehen sogar den Erfolg unserer bisherigen Bemühungn gefährdet, wenn jetzt oder in Kürze das von uns gegründete FA Dresden geteilt werden müßte. Durch die Teilung würde nämlich das bisher übermittelte Wissen auch geteilt, d. h. die mühsam zum Laufen gebrachten Dienststellen würden wieder von vorne anfangen.
Ich habe Herrn Gallist erläutert, daß ich den Erfolg meiner Arbeit ganz eindeutig gefährdet sehe und, falls die Entscheidung für ein zweites Amt in '91 fällt, ich mein Engagement für Dresden zum Zeitpunkt der Teilung einstellen werden.

Gegen ein zweites Amt spricht auch die Tatsache, daß die West-FÄ in der Regel ca. 300 000 bis 400 000 HAs haben, das FA Dresden z. Z. aber nur 160 000. Eine Teilung zum jetzigen Zeitpunkt würde also zwei „Mini-Ämter" schaffen. Daß die Kollegen in Dresden für ein zweites Amt plädieren ist typisch: Alle wollen Häuptlinge werden, aber keiner Indianer sein, überall drängt man sich nach Führungspositionen, aber Verantwortung zu tragen, ist man häufig nicht bereit.
Überall trafen wir auf die gleichen Probleme: Jede Organisationseinheit insbesondere das FBA, die PFÄ, das Funkamt und die in Dresden ansässigen ausgelagerten Einheiten des Zentralamtes Funk, hatten hunderte von Argumenten, um sich der Auflösung oder Einbeziehung in das FA zu widersetzen. Mit Hilfe großer Dienstbesprechungen mit jeweils einigen 100 MA und mit der Ankündigung, nur wer sich bei den bevorstehenden Ausschreibungen um einen Arbeitsplatz beim FA bemüht und einen erhält und so selbst für einen Arbeitsvertrag sorgt, kann mit einer Weiterbeschäftigung rechnen nur mit dieser Ankündigung haben wir viele Widerstände überwinden können.

Die Auflösung der 8 PFÄ macht derzeit die größten Schwierigkeiten. Dort gibt es in der Regel ca. 6-8 Ingenieure, denen es kaum zuzumuten ist, sich in das ca. 30-80 km entfernte Dresden versetzen zu lassen. Ebenso verhält es sich mit den ca. 3-4 Planungsbeamten L (etwa A 8-A 10) und der großen Kräftegruppe Am und TVerb. Erschwerend fällt auch auf, daß die AV der PFÄ (meistens Juristen oder Ökonome) sich der Auflösung des F-Teils ihrer Ämter widersetzen mit der Begründung, auch weiterhin einen Teil

des gemeinsamen Querschnitts für das Fortbestehen ihrer Ämter zu benötigen (Pe, H, Aw, Hv).

3.6 Kontakte Projektleitung — Amtsleitung FA Dresden
Jedem Wunsch nach gemeinsamer Besprechung wird bereitwillig gefolgt. Die zu besprechenden Punkte werden frei und offen diskutiert. Allerdings fällt negativ auf, daß nur Beschlüssen und Anordnungen gefolgt wird — mehr nicht. Eigeninitiative ist rar! Noch negativer fällt auf, daß die Amtsleitung Informationen besitzt, die sie nicht weitergibt. Ebenso ist es mit Verfügungen, die auf den Dienstweg ins Amt kommen: Sie werden an die Projektleitung nicht weitergegeben oder nur mit tagelanger Verzögerung. Daran mag der bisher fehlende Amtsbotendienst mitschuldig sein, aber das alte Prinzip „Wissen ist Macht" trägt hier reiche Früchte.

3.7 Kontakte AbtL — Projektgruppenangehörige
Kontakte werden von den AbtL zwar nicht willentlich vermieden, aber auch nicht gerade gesucht. Man läßt uns gewähren! Über die Dresdner MA, mit denen das Verhältnis viel besser ist, erfahren wir regelmäßig mehr als von den AbtL.

3.8 Kontakte Dresdner AbtL — Dresdner Personal
Nur selten suchen die AbtL ihre Stellenangehörigen auf. Wochenlang lassen sich die AbtL bei den Dienststellen nicht sehen, geschweige denn, daß sie das Gespräch mit dem MA suchen (wie es bei uns die Regel ist). Das ist dem Betriebsklima abträglich.

3.9 Kontakte DT Leipzig — Projektleitung FA Dresden
Keine Kontakte. Man läßt die Projektleitung gewähren, kritisiert nicht, fragt nicht und macht auch keine Vorschläge. Das mag schön und gut sein, irritiert aber auch. Wir hoffen, daß mit der Neubesetzung des Leiters der DT Leipzig eine Änderung eintritt.

3.10 Kontakte GD T — Projektleitung FA Dresden
Es bestehen wenig Kontakte — zu wenig. Auch hier: Man läßt uns gewähren. Auch das irritiert. Aber es bestärkt die Herausforderung, keine entscheidenden Fehler zu machen und den uns großzügig gewährten Vertrauensvorschuß nicht zu überziehen oder gar zu mißbrauchen.
Wir wundern uns, daß uns nicht ständig die Fachreferate mit Fragen bestürmen, d. h. in Dresden anwesend sind. Und dabei wäre es so leicht, morgens mit dem Flugzeug einzufliegen und am nächsten Tag zurückzufliegen. Zu umständlich? Keine Zeit? Wenn die Projektgruppen auch so argumentieren würden, dann gute Nacht „DDR"!
Unser Wunsch nach mehr Kontakten mit der GD T kann sich u. E. nicht erschöpfen in Besprechungen aller ProjL mit einigen Herren der GD T. Die Fachreferate müssen sich schon zu uns heraus bemühen (wie z. B. 001, 611, 813) — das bringt immer wieder Erkenntnisse für beide Seiten. Wir sind jedenfalls kaum in der Lage, unsere Probleme jeweils einzeln zu formulieren und auf dem Dienstweg vorzulegen. Wir würden damit nicht nur einen enormen Papierkrieg entfesseln, sondern uns vorwiegend hinter dem Schreibtisch aufhalten müssen.

Eine löbliche Ausnahme muß erwähnt werden: Herr Waschke, 992 a, schickt uns wöchentlich (mitunter auch 2 mal in der Woche) eine „Sammlung interessanter Verfügungen", die uns in unserer beschwerlichen Arbeit tatsächlich helfen. Weiter so, möchten wir anregen!

3.11 Kontakte MA Ost zu MA West und Lehrgänge
Als wir nach Dresden kamen, stellten wir zu unserem Erstaunen fest, daß schon eine ganze Reihe MA des Amtes bei westlichen Ämtern waren, z. T. zu Besuchen, z. T. zur Einweisung. Auch zentrale Lehrgänge waren bereits veranstaltet worden. Welche und zu welchen Zeiten und wieviele Kräfte einberufen wurden, war nicht mehr feststellbar. Dieses „Chaos" setzte sich anschließend fort: Es wurden Kräfte einberufen, ohne daß die Projektleitung davon erfuhr und teilweise wurde sogar an der Amtsleitung vorbei einberufen (z. B. DPG: 4tägiger Steuerlehrgang für TELEKOM und Post).
Unseres Erachtens sollte auf einen Teil der o. g. zentralen Lehrgänge verzichtet werden, weil wir bestimmte örtliche Lehrgänge oder Unterweisungen für viel wichtiger halten (z. B. für BzBf, BL und Bf anstatt eines 1wöchigen Lehrganges TS, der z. Z. ganz fehl am Platze ist). Dezentrale Lehrgänge in Dresden einzurichten (z. B. für den ganzen Bezirk der DT Leipzig) wäre m. E. überhaupt kein Problem. In den 3 Ferienheimen des FA (die ohnehin vor der Auflösung stehen) könnten die Schulungen durchgeführt werden. Wer denkt denn an Schulungen für die Teilnehmerdienste, an den Rechnungsdienst, an die Personalbuchführung, an die Digitalisierung des F-Netzes und an den Fernmeldebaudienst?
Wir fahren zentnerweise Dienstwerke und FBO's an und weisen die Kräfte ein — dabei bleibt es aber leider. Unser erster zaghafter Versuch, im Amt einen größeren Bf-Lehrgang abzuhalten, wurde wortreich von 113 wegen „Unzuständigkeit" abgeblockt!
Große Hoffnungen setzten wir auf MA-Kontakte Ost-West. Diese „Austausche" forcieren wir jetzt und wir begrüßen, daß man uns hier wenigstens freie Hand läßt. Die Mitarbeiter beider Seiten lernen viel dazu. Und wenn wir künftig wieder MA-Lehrgänge oder Schulungen in Dresden durchführen wollen, werden wir nicht nochmals fragen. Wir erlauben uns zu unterstellen, daß über die Notwendigkeit im Einzelfall vor Ort besser und schneller entschieden werden kann und daß vor Ort mehr Sachkunde und Einfühlungsvermögen vorhanden ist, als im FTZ oder in der GD T vorhanden sein kann!

3.12 Kontakte FA — ZfM (FZA)
Unerfreulichere Kontakte kann es

kaum geben! Wenn es eine hinderliche Organisation im Beitrittsgebiet gibt, dann diese. Auflösen!

3.13 Partnerschaften Ost-West
Wie wir feststellen, wurden von der GD T eine Reihe Partnerschaften zwischen bestimmten FÄ bzw. Dienststellen festgelegt, so z. B. für TVerb: Bayreuth — Dresden; für BBi: Augsburg — Dresden (auf unseren Einspruch inzwischen bereinigt, geplant war: Ulm — Königswusterhausen); PIH Braunschweig — Dresden; Sv-Betrieb: Göppingen — Dresden. Wir würden es für sinnvoller halten, sich bei „Partnerschaften" der Partnerämter zu bedienen.

4. Motivation und Leistungsanreize
4.1 Motivation
Die Motivation, unseren Kollegen im Osten zu helfen, ist in hohem Maße vorhanden. Jedoch zehren die angetroffenen äußeren Gegebenheiten und die großen Unbequemlichkeiten an unseren Nerven und an unserer Kraft: Die Hotels, die westlichem Standard bei weitem nicht entsprechen (wir waren 2 Monate lang in 42 km Entfernung von Dresden untergebracht), nur alle 2 Monate eine Familienheimfahrt und dann 7 Stunden lang auf schlechten Straßen bzw. auf verstopften Autobahnen — all das läßt auch die größte Motivation erlahmen.
Leistungsanreize könnten hier Abhilfe schaffen.

4.2 Leistungsanreize
4.2.1 Aufwandsentschädigung
Die Zahlung von Aufwandsentschädigungen ist erst bei Abordnungen von mehr als 1 Monat zulässig und zeitlich bis 31. 03. 91 begrenzt.
Es ist zu hoffen, daß diese zeitliche Befristung aufgehoben wird. Andernfalls steht — mit Recht — zu befürchten, daß die Unbequemlichkeit, mit denen wir ständig kämpfen, die Oberhand über die Motivation gewinnt!

4.2.2 Trennungsreisegeld
Welche Schwierigkeiten es gemacht hat, die Zahlung des Trennungsreisegeldes bis zu dem zulässigen Zeitraum von 42 Tagen zu erreichen, ist unglaublich. Amt, OPD und GDT waren offenbar der Ansicht, daß es ausreiche, nach 14 Tagen nur noch Trennungstagegeld zu zahlen. Das war der Motivation sehr abträglich.
Dürfen wir von unseren vorgesetzten Stellen auch unbürokratische Entscheidungen erwarten, wie sie von uns ständig verlangt werden? Dann muß die zeitliche Begrenzung fallen!

4.2.3 Familienheimfahrten
Die Vorschriften lassen offenbar nur 2 Familienheimfahrten zu. Das mag für „Regel"-Abordnungen gelten: sicher ist der Einsatz im Beitrittsgebiet nicht damit vergleichbar. Wenn schon die GD T ständig von Motivation und unbürokratischem Verhalten spricht und solches bei ihren Mitarbeitern voraussetzt und gar verlangt, dann möchten wir Ähnliches auch erwarten. Nämlich:
4 Familienheimfahrten pro Monat!

4.2.4 Leistungszulagen
Wenn Leistungszulagen überhaupt einen Sinn haben sollen, dann hier! Daß noch nichts gezahlt wurde, daß der Verordnungsgeber noch Überlegungen über das Wie und Ob anstellt und daß die Männer der ersten Stunde wohl leer ausgehen (weil ja nicht rückwirkend gezahlt werden darf), ist typisch. Ein Unternehmen, das anderen etwas vormachen will? Na!

4.2.5 Belohnungen
Es sind immer noch die alten seit 20 Jahren geltenden Belohnungsrichtlinien mit dem Genehmigungsvorbehalt der OPD in Kraft. Auch hier scheint eine Anpassung entweder notwendig, oder eine neue Art der Belohnung im Rahmen der Leistungszulagenverordnung überfällig.
Denn: Es gibt immer wieder Kräfte oder Kräftegruppen, die für 1, 2 oder max. 3 Wochen im Beitrittsgebiet helfen müssen und dann leer ausgehen. Optimal wäre, den ProjektL zu ermächtigen, jede volle Woche mit 300,— DM abgelten zu dürfen bzw. die entsprechende KAnw zu vollziehen.

4.2.6 Beförderungen
Zu meinem Erstaunen lese ich im Amtsblatt Nr. 90 VfgNr. 155/1990 folgenden Text:
„Beim künftigen Postgiroamt Leipzig muß eine Personalstelle aufgebaut werden. Hierzu ist vorgesehen, einen erfahrenen Beamten des gehobenen Dienstes zum PSchA Leipzig abzuordnen.
Die Aufgabe erfordert neben fundierten Kenntnissen aus dem Personalwesen besonderen persönlichen Einsatz. Die Aufenthaltsdauer wird einige Monate betragen: sie läßt sich noch nicht genau bestimmen und hängt auch vom zeitlichen Verlauf des betrieblichen Aufbaus des PGiroA ab.
Diese Ausschreibung richtet sich insbesondere an leistungsstarke Beamte der BesGr A 10 und A 11; eine Beförderungsmöglichkeit in die jeweils nächsthöhere BesGr ist kurzfristig gegeben. Der derzeitige Dienstposten des ausgewählten Bewerbers erhält nach dessen Rückkehr eine entsprechende personengebundene Sonderbewertung."
Wäre eine ähnliche Regelung bei TELEKOM nicht auch erwägungswert? Aber „unbürokratische Handlungsweise" ist bei TELEKOM wohl noch nicht so ausgeprägt wie bei unserem Schwesterunternehmen Postbankdienst.
Trotzdem: TELEKOM könnte sich ja immerhin erst einmal vorsichtig an die Problematik herantasten und vorschreiben
„... Beförderungsdienstposten werden nach einer Abordnungsdauer von 6 Monaten und mehr in Aussicht gestellt ..."

4.2.7 Bewertung der AV- und ProjL-Dp
Die ProjL und später die im Osten vorübergehend zum Einsatz kommenden West-AV werden in bisher nicht gekannter Art und Weise gefordert. Eine Höherbewertung ihrer Dp wäre durchaus gerechtfertigt, insbesondere

im Vergleich zu den in den letzten Monaten vorgenommenen Höherbewertungen der AbtL-Dp bei den OPDn. Wenn dort — wie mehrfach in der Zeitschrift der VHP zu lesen war — künftig die Regel die Bewertung B 2 sein wird (mit 2-4 Referaten und ca. 30-50 Mitarbeitern), müßten die ProjL bzw. die jetzt besonders geforderten AV (mit 2000 bis 3000 Mitarbeitern, davon ca. 200-250 C-Bea) mindestens nach B 3 besoldet werden.
Für die Stabsstelle Berlin zeigt sich m. E. hier jetzt das besonders verantwortungsvolle Betätigungsfeld, Zuständigkeiten und Verantwortung richtig und gerecht einzuschätzen und zu bewerten.

Von der Regelaufgabe, im Heimatamt ein Investitionsvolumen von ca. 150 Mio DM, und der neuen Aufgabe im Beitrittsgebiet ein Volumen von fast 400 Mio DM zusätzlich in den Griff zu bekommen, soll erst gar nicht gesprochen werden.

5 Wie geht es weiter?
5.1 Abschluß '90
Die ursprünglich geplante Anwesenheitszeit von 4-6 Wochen im Partneramt haben wir „eigenmächtig" auf 9 Wochen erhöht. Auch nach Ablauf von 9 Wochen haben wir uns schwer vom FA Dresden getrennt, hatten wir doch den Eindruck, daß jetzt endlich etwas oder gar vieles ins Laufen kommt und daß wir jetzt keinesfalls die Dresdner alleine lassen sollten. Obwohl der Abschluß der Arbeiten auf den 30. November terminiert und die Hotelunterkunft zum gleichen Zeitpunkt abbestellt war, sind trotzdem eine ganze Reihe MA noch 2 bzw. 3 Wochen länger geblieben, um ihre begonnenen Arbeiten abzuschließen.
Über alles gesehen können wir jetzt sagen: Diese 9 Wochen haben sich gelohnt! Die Konzeption eines FA der Grundform steht, die Führungspositionen in C- und B-Bereich in den DSt sind besetzt und die Dienststellen beginnen zu funktionieren. Aber schon nach 2 Wochen Abwesenheit registrieren wir von Ulm mit Erschrecken, daß sich die Dienststellen schon wieder nur mit sich selbst beschäftigen. Wir müssen also schnellstens Anfang '91 den eingeschlagenen Weg konsequent fortsetzen.

5.2. Fortsetzung in '91
Wie Mitte November berichtet, hatten wir beabsichtigt, nach einem festgelegten Zyklus für das ganze Jahr '91 mit ca. 6-7 Kräften (aus jedem Fachbereich eine Kraft) in Dresden anwesend zu sein.
Inzwischen sind viele meiner MA der Ansicht, daß wir mit so wenig Kräften unserem weiterführenden Auftrag nicht gerecht werden können, sondern daß die Zahl auf ständig 50 aufgestockt werden müßte. Ich widerspreche! Schließlich habe ich die Aufgabe, in erster Linie für mein Fernmeldeamt zu sorgen und es weiterhin voll funktionstüchtig zu halten. Für mich wiegt der Vorwurf meiner (zurückgebliebenen) MA schwer, daß wir uns endlich wieder um Ulmer Angelegenheiten kümmern sollten und wir nicht die zurückgebliebenen MA auf Dauer mit den Arbeitsanteilen der „Entwicklungshelfer" belasten dürften.
Wir sind noch in der Diskussionsphase — ich habe mich noch nicht entschieden und sollte wohl auch nicht ohne Beteiligung von GB 61 endgültig entscheiden.
Ich erlaube mir an dieser Stelle eine Entscheidung zu erbitten, wie die Partnerschaft weitergehen soll — weiter mit voller Kraft (mit 50 Kräften) oder auf kleiner Flamme (mit 5-7 Kräften). Dementsprechend müßten auch Personaleinheiten und Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, denn daß die West-FÄ über mehr als 2 Monate den zusätzlichen Personalbedarf für das Beitrittsgebiet nicht verkraften, wird jetzt — nach Abschluß der ersten Phase — sehr deutlich.

6. Persönliches Fazit
Wir haben den Kollegen aus Dresden viel zugemutet: Wir haben ihre Ämter aufgelöst, Dienststellen auseinanderdividiert und anders zusammengefaßt, ihre Arbeitsanweisungen außer Kraft gesetzt und ihnen andere Arbeitsmethoden beizubringen versucht. Daß wir damit keinen Jubel hervorrufen, ist selbstverständlich.
Trotzdem: Es gibt wohl kaum jemand in Dresden, einschließlich PersV, der unser Engagement nicht richtig einschätzt. Aber: Es wird auch keine Tränen geben, wenn wir alles Neue jetzt auf ganz kleiner Flamme weiterkochen.
Die GD T muß entscheiden, wie hoch unser Engagement auch weiterhin bleiben soll. Ohne zusätzliches Personal in den West-FÄ wird sich das nicht vernünftig realisieren lassen.
Unsere Abwesenheit in Dresden und Umgebung wird sicher dazu führen, daß sich wieder alte (falsche) Arbeitsmethoden einbürgern und sich alte Strukturen wieder zusammenfinden.
Wir wollen uns nicht überschätzen: Aber bei aller Bescheidenheit möchte ich doch behaupten, daß ohne massive Unterstützung unsererseits auch nicht ein Bruchteil der für das Beitrittsgebiet zur Verfügung gestellten Investitionsmittel sach- und fachgerecht im Kundeninteresse ausgegeben wird.
Ich habe den Verdacht, daß die Dresdner uns von sich aus nicht wieder rufen oder uns gar bitten werden wiederzukommen. Zu ähnlichen Ergebnissen werden andere ProjektL wohl auch kommen, wenn sie mit der ganzen Mannschaft ganze 9 Wochen im Partneramt waren.

Also:
1. Unseren Auftrag „Partnerschaft zum FA Dresden" werden wir weiterführen. Partnerschaft in dem von uns verstandenen Sinn heißt, den von uns vorgeschlagenen großzügigen Zyklus von anwesenden Kräften des FA Ulm (ca. 6-7 ständig) das nächste Jahr durchzuhalten und diese Zahl beim Auftreten von Problemen von Fall zu Fall unbürokratisch und dem Problem angepaßt zu erhöhen.
2. Eine mündliche Stellungnahme mit näheren Erläuterungen der hier ange-

rissenen Probleme würden wir begrüßen, wobei wir einen größeren Kreis von Zuhörern aus einer ganzen Reihe von Vorstands- und Geschäftsbereichen für unbedingt nötig halten.

Übersichtsinformation

FA Dresden, Leitungsstab

OrgE	Bezeichnung	Integration in das FA Dresden
BDP	Bezirksdirektion DP Dresden	Abt. Fe. TA
Bsch	Betriebsschule der DP	Teil Fe
FMA	Fernmeldeamt	insgesamt
FBA	Fernmeldebauamt	insgesamt
FuA	Funkamt	insgesamt *)
IPF	Institut für Post- und Fernmeldewesen (Außenstelle)	ungeklärt
ORZ	Organisations- und Rechenzentrum (Außenstelle)	ungeklärt
PFA Btzn	Post- und Fernmeldeamt Bautzen	Teil Fe
PFA Biwda	Post- und Fernmeldeamt Bischofswerda	Teil Fe
PFA Glz	Post- und Fernmeldeamt Görlitz	Teil Fe
PFA Lö	Post- und Fernmeldeamt Löbau	Teil Fe
PFA Mei	Post- und Fernmeldeamt Meißen	Teil Fe
PFA Pi	Post- und Fernmeldeamt Pirna	Teil Fe
PFA Ri	Post- und Fernmeldeamt Riesa	Teil Fe
PFA Zit	Post- und Fernmeldeamt Zittau	Teil Fe
RFZ	Rundfunk- und Fernsehtechnisches Zentralamt	ungeklärt
StRF	Studiotechnik Rundfunk	wird nicht übernommen
ZAB	Zentralamt für Berufsausbildung	ungeklärt
ZfM	Zentralamt für Materialwirtschaft	ungeklärt
Klub	Klub der DP (wurde vom FMA finanziell unterstützt	ungeklärt
3 FH	3 Ferienheime	wird nicht übernommen

*) Ein Teil der MA geht in Dienststellen des ZfM Dresden

1. Zusammensetzung und Aufgabenstellung des Projektstabes

Die Intention des Projektleiters war, einen Projektstab einzurichten, der im weitesten Sinn Dreh- und Angelpunkt aller Tätigkeiten sein sollte. Die Zusammensetzung sollte Know-how aus dem Aufgabenbereich 1, speziell Og, Aufgabenbereich 5 und Stabstätigkeit und spezielle Programmabwicklung einbringen. Diese Überlegung war richtig, denn der Projektstab wurde:

☐ Ausführungsorgan für die Steuerimpulse des Projektleiters,
☐ Ansprechpartner für Projektmitglieder,
☐ Kommunikationszentrum,
☐ Ansprechpartner für andere Ämter aus Ost und West, andere Projektgruppen und Generaldirektion T,
☐ Projektpersonalstelle,
☐ Organisationsstelle für das Pilotamt, mit Zielsetzung für Aufbauorganisation, Personalsetzung, Ablauforganisation,
☐ Steuerorgan für die PAF,
☐ Quartier- und Koordinationsstelle für den umfangreichen Kräftesupport aus verschiedenen Ämtern und Direktionen und dem Austausch Ost-West
☐ Informationsknoten nach innen und außen.

Die gesamte Aufgabenstellung entwickelte sich eigentlich erst im Lauf des Pilotprojektes zu dem nicht vorhersehbaren großen Umfang.

2. Fehler, die gemacht wurden

☐ Obwohl bereits gegen die Empfehlung des Projektgebers (30-60) mit einer reduzierten Mannschaft (21) gestartet wurde, war die Gruppe in der Startwoche noch zu groß.
☐ Die Einschätzung, organisatorische Überlegungen aus dem Westen sofort in den Osten transferieren zu können, war viel zu optimistisch.
☐ Es wurde eine Durchschnittsmannschaft erwartet. Vorgefunden wurden Menschen mit Verhaltensmustern, die uns unbekannt sind.
☐ Die Amtsleitung (7 Abteilungsleiter) wurde nach eingehender Beratung und vielen Eignungsgesprächen gesetzt, um schnell eine funktionierende Leitungsschiene ins Leben zu rufen.

Das war falsch:

Das Personal hat eine SED-freie bzw. „völlig unbelastete" Amtsleitung erwartet. Diese Erwartung war hoch und wird sich mit „Ossis" auch kaum realisieren lassen, wenn man nicht auf jede Fach- und Sachkunde verzichten will. Die Abteilungsleiter sind mit geringen Ausnahmen, auch heute noch nicht gehfähig, d. h. die Qualität entspricht noch nicht westdeutschem Standard.
☐ Der Bedarf an Querschnittskräften für das Abrollen des Pilotprojekts wurde weit unterschätzt. Deshalb mußten Leitungskräfte bis zum Projektleiter Querschnittsaufgaben übernehmen, die anderweitig dringende Arbeitskapazität band. Die Vorstellung den Querschnitt vor Ort nutzen

zu können, war falsch. Er war nicht nur nicht vorhanden, sondern ist auch heute noch nicht voll arbeitsfähig.

☐ Die Erwartung, Grundstrukturen der vorhandenen Ablauforganisation nutzen zu können, erfüllte sich nicht, denn es fehlte am Einfachsten: z. B. Poststellen, Amtsbotendienst, innerbetrieblicher Nachrichtenversand existierten nicht oder funktionierten nicht oder funktionieren immer noch nicht.

☐ Ebenfalls war die Annahme, Raumbedarf zu decken wäre nur eine Frage von Geld und Engagement, vollkommen falsch.

☐ Ein Fehler war es auch, bösen Stimmen nicht zu glauben, daß es sich bei der Pilotprojektaufgabe um eine besondere Art von Entwicklungshilfe handele. Kenner der Materie vergleichen die Pilotprojektaufgabe mit einem DETECON-Einsatz in Ägypten.

3. Was nicht gelungen ist

☐ Ein funktionierendes Leitungsteam als Amtsleitung zu installieren.

☐ Ein arbeitsfähiges Informationssystem aufzubauen.

☐ Kooperative Entscheidungsprozesse ins Laufen zu bringen.

☐ Ein Umdenken von Einzelsteuerung von Aufgaben auf prozeßgesteuerte Aufgabenerledigung zu erreichen.

☐ Rückdelegationen in die Leitungsebene zu verhindern.

☐ Zuständigkeiten und Verantwortlichkeit in die StV-Ebene zu bringen.

☐ Terminehrlichkeit zu erzeugen.

☐ Delegationsbereitschaft zu wecken.

☐ Das Gerücht aus der Welt zu schaffen, schon in Kürze werde ein weiteres FA in Dresden eingerichtet und damit würden dann wieder jede Menge neue Führungspositionen ausgeschrieben.

4. Was nicht gelingen wird

☐ Durchschnittlich arbeitende Fernmeldeämter der Normalform innerhalb einiger Monate arbeitsfähig zu machen.

☐ Das Programm TELEKOM 2000 nach einer Anlaufphase von 2 Monaten nur annähernd erfüllen zu können.

☐ Fehlinvestitionen auf eine vertretbare Größenordnung zu minimieren.

☐ Die saubere Arbeitsweise eines Unternehmens, das aus einer demokratisch kontrollierten Verwaltung gewachsen ist, zu erreichen.

☐ Den östlichen Unternehmensteil von Telekom nur durch Impulse statt durch ständiges Mitarbeiten und Steuern mittelfristig angleichen zu können.

5. Was empfohlen wird

☐ Mindest 50%ige Besetzung der Amtsleitung und der Schlüsseldienststellen mit fähigen Kräften aus dem Westen für mindestens 2-3 Jahre.

☐ Fähige Leute für einen Zeitraum von 2-3 Jahren gewinnt man nicht für gute Worte und nicht abgesicherte Versprechungen. Geld und vertragliche Karriereversprechungen sind erforderlich (siehe Zi 4.2 bis 4.2.6 des AV-Berichtes).

☐ Das Motivationspotential der Aufstiegskräfte muß genutzt werden. Jeder Aufstieg in den D-Dienst darf nur über einen längeren Einsatz im Beitrittsgebiet möglich sein. Mit gewissen Einschränkungen gilt das auch für B- und C-Aufsteiger.

☐ Die Investitionen 1991 und 1992 müssen durch einen hohen Kräfteeinsatz aus dem Westen erfolgen. Beispielhaft sind die Planer aus dem F- und L-Bereich. Baudurchführungskräfte, Bauführer und Betriebssteuerungskräfte müssen folgen, bzw. längere Zeit anwesend sein und tätig mitarbeiten.

☐ Die Personalbewirtschaftung muß im Anlauf von Westkräften erfolgen.

☐ GD T-Verfügungen dürfen nur ins Beitrittsgebiet gehen, wenn der Verfasser vorher die Verhältnisse im Beitrittsgebiet mehrwöchig erlebt hat. Sonst muß eine Anwendungskommentierung (durch erfahrene Westkräfte im Beitrittsgebiet) erfolgen.

☐ Die kaufmännische Buchführung und das vorhandene Controlling wurden in der DDR dazu benutzt, die Irrungen der Planwirtschaft aufs Kreuz zu legen. Dieses Verhaltensmuster ist nicht kurzfristig zu verändern. Gezielter Einsatz der Fachaufsicht und der Revision scheinen hier der einzige Weg. Das können keine Ostler, aber auch keine blindwütigen, beitrittsgebietsunerfahrene Westler sein.

6. Schlußbetrachtung

Bewußt wurden Fehler, Schwachstellen und Befürchtungen aufgezählt. Sie sollen und müssen Anregungen sein, damit möglichst schnell ein Erfolg erzielt wird. Erfolge werden sich umso schneller einstellen, je häufiger Mitarbeiter der GD T und des FTZ, bevor sie Verfügungen schreiben, sich vor Ort „schlau machen".

Vergiß Leprakranke nicht!

DAHW

Deutsches Aussätzigen-Hilfswerk e.V.

Spendenkonto: 9696

Postscheck Nürnberg (BLZ 760 100 85)

Städt. Spark. Würzburg (BLZ 790 500 00)

BUNDESVORSTANDS- UND BEIRATS-SITZUNG IN NÜRNBERG

Die erste Beiratssitzung in diesem Jahr fand am 25./26. Januar in Nürnberg statt. Traditionsgemäß war das Schwerpunktthema der bevorstehende Delegiertentag, der diesmal in Darmstadt stattfindet. Ein weiterer Schwerpunkt waren die Aktivitäten der VHP in den fünf neuen Bundesländern.
Als Gast konnte Herr Burkhart am zweiten Tag der Tagung den Geschäftsbereichsleiter 11 (Zentrale Aufgaben) von der DBP POSTBANK, Herrn Dipl.-Ing. Harmut Nitsch, begrüßen. Herr Nitsch verstand es, im Rahmen seines Vortrages zur Unternehmenspolitik der Postbank Schwerpunkte des Unternehmens deutlich zu machen und Akzente zu setzen, aber auch auf Schwierigkeiten und Probleme insbesondere durch die durchgeführte Umstrukturierung, die die möglicherweise für das Überleben von Postdienst und Postbank lebenswichtige Nabelschnur zu durchtrennen droht, hinzuweisen.
Der nach Meinung der meisten Anwesenden sehr informative Vortrag wird, wie bisher alle bei diesen Tagungen gehaltenen Vorträge, ebenfalls in dieser Zeitschrift veröffentlicht werden.

Bericht des Bundesvorstandes

„Einleitend zu seinem Rechenschaftsbericht wies Herr Burkhart darauf hin, daß die vergangenen Monate mehr oder weniger geprägt waren durch eine fortschreitende Eigengesetzlichkeit und Eigendynamik der einzelenen DBP-Unternehmen und des BMPT."
— Diese bereits im Bericht über die Beiratssitzung im Oktober 1990 in Koblenz gemachte Aussage hat nichts von ihrer Aktualität verloren.
Im Gegenteil, es scheint, daß sich das Auseinanderdriften der DBP-Unternehmen beschleunigt. Zunehmend unterschiedlich behandelte Themen und Probleme wie z. B. die Ausgestaltung der Postleistungszulagenverordnung, die Personalgewinnung oder die Einführung von unterschiedlichen Vergünstigungen für das eigene Personal (Personalrabatt!) belegen diese Eigengesetzlichkeit.
Im Einzelnen wies Herr Burkhart auf die Bemühungen des Bundesvorstandes hin, die bisher vorhandenen Einflußmöglichkeiten der VHP zu sichern und auch mit den neuen Unternehmensvorständen im Gespräch zu bleiben. Bei diesen Gesprächen spielten nicht nur die „alten" Themen, mit denen wir uns bereits seit Jahren befassen, eine Rolle, sondern auch „neue" Entwicklungen, die durch die Unternehmensumstrukturierung bedingt sind.
So ist z. B. sehr wahrscheinlich, daß die neue Struktur der Postämter einen relativ großen Einfluß auf die künftigen Aufgaben, die Zahl und die Standorte der Direktionen haben wird. Ebenso sollte die Rolle der Zentralämter, insbesondere bei der DBP TELEKOM möglichst bald definiert werden, nachdem der Standort Berlin in das Konzept integriert werden muß.
All diese Schwierigkeiten, so Herr Burkhart, führten zwangsläufig auch zu einer höheren Belastung der VHP-Leistungsträger. Und das wiederum in einer Zeit, in der die für die Vereinigung in der Vergangenheit aktiven Kollegen zunehmend durch die dienstliche Haupttätigkeit in Anspruch genommen würden. Man könne dies unter anderem bereits daran erkennen, daß sich zur Zeit weder Vertreter der Postbank noch Vertreter des BMPT zur aktiven Mitarbeit in der VHP finden lassen. Ebenso stehe ein Teil der alten VHP-Mannschaft (u. a. die Herren Paffen und Schicker) bei der Neuwahl des Bundesvorstandes in Darmstadt nicht mehr zur Verfügung.
Der Bundesvorsitzende schloß seine Ausführungen mit dem Hinweis, daß die VHP in Zukunft vermehrt Kollegen benötige, die bereit und in der Lage seien, intensiv mitzuarbeiten und das Schiff „VHP" auf Kurs zu halten. Dies möge besonders von allen potentiellen Kandidaten, aber auch von allen Mitgliedern vor der Wahl berücksichtigt werden.
Neuigkeiten aus der Arbeit der AhD, der FITCE und der FEFAS wurden von den Herren Müller (der ebenfalls bei der nächsten Wahl nicht mehr kandidieren wird), Hufnagel und Brauns-Packenius vorgetragen. Herr Guthknecht berichtete über seine Aktivitäten für die Zielgruppe „Pensionäre". Von Interesse waren besonders die Zukunft des Berufsbeamtentums in den fünf neuen Ländern als das derzeitige Hauptproblem der AhD sowie die angekündigten Kongresse von FITCE und FEFAS.

VHP-Aktivitäten in den neuen Bundesländern

Die Werbeaktivitäten der VHP in den fünf neuen Ländern, die Herr Burkhart im Rahmen der Beiratssitzung in Koblenz eingefordert hatte, haben offenkundig erste Früchte getragen. Seit dem Oktober des letzten Jahres sind dort zahlreiche Neuzugänge zu verzeichnen. Der erste Bezirksverein, der Bezirksverein Sachsen, wurde in Dresden gegründet, ein Bezirksverein in Erfurt wird voraussichtlich bis zum Delegiertentag existieren.
Herr Starkloff vom neu gegründeten Bezirksverein Dresden wies auf die Probleme seiner dortigen Kollegen hin. Solange die Führungskräfte in den neuen Ländern nicht wüßten, ob sie auf ihren Arbeitsplätzen bleiben könnten oder zumindest in gleichwertigen Funktionen weiterhin beschäftigt würden, sei die Bereitschaft zur VHP-Mitgliedschaft bzw. zur Gründung neuer Bezirksvereine relativ gering.
Nach dem Bundesvorstand in Nürnberg vorliegenden Informationen scheint dieses Problem in naher Zukunft nicht zu lösen zu sein, da die dortigen Kollegen zwar grundsätzlich weiterbeschäftigt werden sollen, sofern die Qualifikation stimme. Voraussetzung sei allerdings ein erfolgreiches Abschneiden in den für alle Kollegen zu absolvierenden Assessment-Center-Verfahren, die mindestens bis zur

AUS DEN BEZIRKEN

Vortrag des SDR-Intendanten Fünfgeld beim Bezirksverein Stuttgart

17. Woche dieses Jahres andauern sollen.
Da es sich im Verlauf der in diesem Zusammenhang geführten Diskussion zeigte, daß die Schwierigkeiten der dortigen Kollegen bei uns relativ unbekannt sind, soll ein Mitglied aus dem Bezirksverein Dresden dem Bundesvorstand beratend zur Seite stehen; außerdem sollen die neuen Kollegen bei den Neuwahlen in Darmstadt, ggf. durch die Aufnahme eines Sonderbeauftragten in den Vorstand der VHP, berücksichtigt werden.

Delegiertentag in Darmstadt

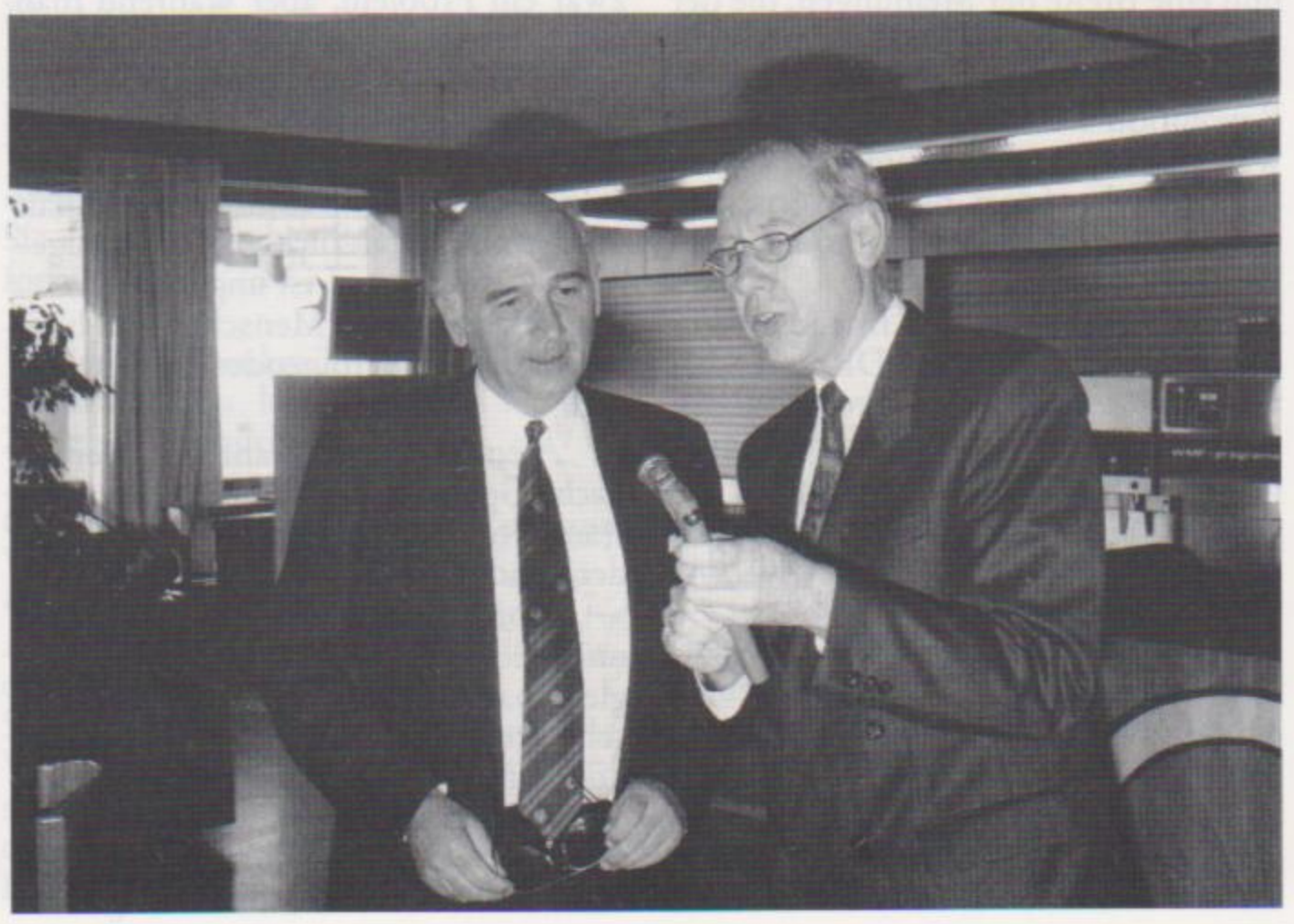
Herr Weber informierte Vorstand und Beirat über den aktuellen Stand der Vorbereitungen zum Delegiertentag 1991 in Darmstadt. Die organisatorischen Vorbereitungen sind nach seinen Ausführungen im wesentlichen abgeschlossen.
Intensiv werden die Antragsschwerpunkte für den Delegiertentag diskutiert. Das Ergebnis dieser Diskussion war eine nicht als vollständig zu verstehende Themenliste, die als Vorschlag des Bundesvorstandes den Bezirksvorständen zur Verfügung gestellt werden sollte. Bei den Themen zeigte sich, daß zwar auch die Oldies der VHP-Hitliste nach wie vor aktuell sind, neue Themen aufgrund
— der Umstrukturierung der DBP (wie beispielsweise Privatisierungsüberlegungen oder die Zukunft zentraler und dezentraler Mittelbehörden),
— der Anbindung und Integration der fünf neuen Bundesländer und
— des in absehbarer Zeit zu erwartenden EG-Binnenmarktes
diese zunehmend von den ersten Plätzen verdrängen.
Ebenso wurde über die Kandidaten für die Wahl zum Bundesvorstand diskutiert.
Michael Herzog

Zur alljährlichen Vortragsveranstaltung des Bezirksvereins Stuttgart konnte im Februar d. J. der Intendant des Süddeutschen Rundfunks (SDR), Herr Hermann Fünfgeld, gewonnen werden. Herr Fünfgeld sprach vor einem großen Auditorium zum Thema „Medienpolitik als Gesellschaftspolitik". Im folgenden sollen einige Aussagen in aller Kürze wiedergegeben werden.
Zu Beginn seiner Ausführungen verwies der Intendant auf die guten und vielfältigen Verbindungen zwischen SDR und Deutscher Bundespost. 470 Millionen DM habe der SDR 1990 an die Post für technische Leistungen überwiesen, täglich gingen 5000 Briefe und 6000 Postkarten beim SDR ein. Eine Gemeinsamkeit von öffentlich-rechtlichem Rundfunk und Deutscher Bundespost sah er in der beiderseitigen Verpflichtung zum Gemeinwohl.
Als schwere Bürde stellte er die Verantwortung eines Intendanten dar, indem er seinen Kollegen Friedrich Novottny zitierte: „Wenn ein Intendant seine Aufgabe ernst nimmt, müßte er sich dreimal am Tag erschießen".

Herr Fünfgeld bemängelte, daß medienpolitische Grundsatzfragen, die zu lösen der Gesetzgeber für sich in Anspruch nimmt, in sehr vielen Fällen erst in „4. Lesung" in Karlsruhe entschieden würden. Schuld seien unpräzise und unausgegorene Gesetzentwürfe der Parlamentarier. Immerhin hätten die Gerichte bislang stets bestätigt, daß Kulturpolitik reine Länderaufgabe sei. Die Länder müßten allerdings aufpassen, daß ihnen diese Aufgabe durch das sich neu entwickelnde Europarecht nicht doch noch abgenommen werde.

Der Intendant erinnerte an den Medien-Staatsvertrag von 1987, der die Grundlage für das duale Rundfunksystem in der Bundesrepublik bildet. Wie sich die Einstellung zur Programmvielfalt geändert hat, zeige die Diskussion bei Einführung der dritten Fernsehprogramme in den 60er Jahren. Damals sei das Ende des Familienlebens prophezeit worden.

links: Intendant Hermann Fünfgeld, rechts: Bezirksvorsitzender Josef Nienhaus



Ausdrücklich betonte Herr Fünfgeld, daß der öffentlich-rechtlich organisierte Rundfunk nicht dem Staat gehöre, sondern von der Gesellschaft getragen und dieser gegenüber verpflichtet und verantwortlich sei. Die Realisierung einer so verstandenen öffentlichen Aufgabe stelle hohe Anforderungen an alle Organe des Rundfunks, an die Exekutive und an deren Kontrollorgane, die Rundfunkräte und Aufsichtsräte. Herr Fünfgeld räumte ein, daß es Rundfunkräte gibt, die nach jeder Bundes- oder Landtagswahl neu zusammengesetzt werden. Hier von Staatsunabhängigkeit zu sprechen falle schwer. Nicht zutreffen würde dies auf den SDR. Der SDR sei die einzige Rundfunkanstalt der Bundesrepublik, bei der die Vertreter der gesellschaftlich relevanten Gruppen die Mehrheit hätten.

Nach Ansicht von Intendant Fünfgeld sollten die Rundfunkanstalten eine integrierende Funktion für das „Staatsganze" haben. Einige Aufgaben hätten die öffentlich-rechtlichen Programmanbieter erfolgreich umsetzen können: Die Vermittlung politischer Aktualität, die Information über Hintergründe und eine Breite der Meinungen, die der Mehrzahl der Menschen bis dato nicht oder nur bedingt zugänglich war. Die Revolution im Osten unseres Landes wäre nie zustande gekommen, hätten die Menschen dort nicht Informationen aus dem Westen gehört oder gesehen.

Abschließend ging der Intendant auf das Thema Fusion von SDR und Südwestfunk ein. Mit dem Protagonisten der Fusion, Alt-Ministerpräsident Späth, habe es harte Diskussionen gegeben. In Anspielung auf den neuen Landeschef meinte Herr Fünfgeld, daß der Teufel nunmehr im Detail sitze.

Der Bezirksvorsitzende Josef Nienhaus dankte Herrn Fünfgeld für seinen außerordentlich interessanten Vortrag.

Klaus Stuchlich

VORSCHLÄGE FÜR DIE ENTSORGUNG DES DENKMÜLLS

Denkabfälle sind ein echtes Umweltproblem. Während aber materieller Müll — wenn auch zunehmend schwieriger — im Prinzip vernichtet, gelagert und manchmal sogar wiederverwendet werden kann, bleibt geistiger Müll als schwerentsorgbarer Rückstand in den Gehirnen. Geistiger Müll raucht nicht, stinkt und rußt nicht, nimmt keinen meßbaren Platz weg und doch wird er zum Problem. Als echtes Umweltproblem ist er bislang noch nicht erkannt und bekannt.

Ausganspunkt ist der Mensch. Er nimmt zweierlei zu sich:

— Materie: Luft, Nahrung

— Geistiges: Information. Im weitesten Sinn gehört dazu alles, was der Mensch über die Sinne aufnimmt. (Geistiges, das nicht über die Sinne aufgenommen wird, bleibt hier außer Betracht, um die Materialisten hier ausnahmsweise einmal nicht zu ärgern.)

Hier zeigen sich gleich wesentliche Unterschiede bei der Aufnahme: Wenn das Schnitzel gegessen ist, ist der Teller leer. Ein gelesenes Buch bleibt zurück, auch wenn es „verschlungen" worden ist. Die Beseitigung von Altpapier ist zwar ein Problem, aber während man eine gelesene Zeitung verbrennen, oder — besser — recyclen kann, bleibt das, w a s gelesen wurde, irgendwie im Kopf zurück. Die Frage, wie der so aufgenommene Informationsinhalt wieder einem nützlichen Zweck zugeführt werden kann, ist ungeklärt.

Um wieder beim Menschen zu bleiben, muß man folgendes unterscheiden.

— Atemluft und Nahrung werden nach Gebrauch in verändertem Zustand vom Körper wieder ausgeschieden, und zwar innerhalb kurzer Zeit.

— Informationen werden gespeichert und gelagert, es fehlt an einem vergleichbaren Stoffwechsel. Was noch schlimmer ist: verdorbene Speisen können ggf. unverdaut auf dem gleichen Weg wieder ausgeschieden werden, auf dem sie eingenommen worden sind. Informationen, die das gleiche Schicksal verdient hätten, werden ungefiltert einverleibt.

Für die Abgabe von Stoffwechselprodukten des menschlichen Körpers haben Ingenieurkunst und Zivilisation im Lauf der Entwicklung immer komfortablere Räumlichkeiten und Sitzgelegenheiten mit Wasserspülung hervorgebracht. Aber was hat die Menschheit entsprechendes auf dem Gebiet geistiger Verdauungsrückstände geleistet? Die Antwort auf diese zentrale Frage kann nur kurz und lapidar sein: Nichts! Die Antwort: „Bibliotheken und Datenbanken" wäre falsch, weil es sich hierbei um nicht entsorgte Rückstände handelt. Hier stehen noch Felder für geniale Erfindungen zur Verfügung. Was uns fehlt ist zweierlei:

— ein dem Darm entsprechendes Organ für die Verarbeitung von Informationen,

— eine Einrichtung, die das Ausgeschiedene, entsprechend einer Wasserspülung, abfließen läßt.

Zunächst muß aber die Frage geklärt werden: Was ist Denkmüll? Antwort in Kurzform: *Denkmüll ist das, was wir wahr-nehmen, aber zur Wahr-heit nicht brauchen.* Mit dieser Definition ist natürlich zunächst nicht allzuviel anzufangen, denn es stellt sich sofort die Frage: Was brauchen wir denn zur Wahrheit? Wenn wir das immer wüßten, dann wäre alles relativ einfach. Manche Information, die wir zunächst für belanglos und überflüssig hielten, hat uns später vielleicht das Leben gerettet. Mit genauen Abgrenzungen ist da nicht viel auszurichten. Also lassen wir den Versuch. Wichtig zu wissen ist, daß es Wahrnehmungen gibt, die für uns weder sofort noch später irgend einen Wert darstellen.

Zurück zum Thema Entsorgung. Bei dem materiellen Müll weiß man inzwischen längst, daß Müllvermeidung besser ist als Müllentsorgung. Die Einwegflasche ist das Sinnbild des vermeidbaren Mülls. Ein erster Schritt zur Lösung des Denkmüllproblems wäre also eine Art geistiger Mehrwegflasche. Die gibt es in der Tat. Es kommt darauf

an, sich mit mehrfach verwertbaren Informationen anzureichern. Dies ist die Hauptaufgabe der Schule. Wer Lesen, Schreiben, Rechnung und später Fremdsprachen lernt, der eignet sich wiederverwertbares Wissen an. Es ist eine geistige Grundausrüstung für das ganze Leben. Hier gibt es nichts auszuscheiden. Aber auch vieles, was wir lernen und später erfahren, kann zur Mehrweginformation verarbeitet werden. Die Eindrücke einer Reise können uns so bereichern, daß wir Menschen, Städte und Landschaften mit anderen, besser geschulten Augen erkennen und uns in ihnen leichter zurechtfinden können. Das gilt auch für Bücher, Filme, Theaterstücke, Konzerte, Sport, für das Basteln, Schachspielen, Briefmarkensammeln usw. Auch Gespräche mit Menschen lassen sich bewußt oder unbewußt in eine Erfahrung verwandeln, die aus der Wahrnehmung eine Wahrheit macht.

Wer also gelernt hat, viele Informationen bei sich einzuordnen und als Beitrag zur Wahrheit zu werten, bei dem entsteht weniger Gerümpel, also auch weniger Entsorgungsbedarf. Es geht darum, Informationen in sich „aufzuräumen" und so der geistigen Vermüllung entgegenzuwirken.

Weitere Vermeidungsstrategien: Abschalten. Finden Sie Ihren eigenen „numerus clausus" für herbeiströmende Informationen. Entwickeln Sie ein Gefühl dafür und schalten sie rechtzeitig den Fernseher oder sich selbst ab. Schauen Sie stattdessen zum Fenster hinaus oder unternehmen Sie einen geistigen Verdauungsspaziergang. Verweigern Sie sich dem Denkmüll, bevor Sie ihn entsorgen müssen. Die „Informationen", die Ihnen aus innerer Ruhe zuströmen, sind wertvoller als das, was von außen herbeiströmt.

Wenn es nun aber geschehen ist, wenn Sie die fünf Illustrierten durchgeblättert, die Talkshow gesehen, das Buch versehentlich ganz gelesen haben, was dann? Dann ist guter Rat teuer. Sie können zwar versuchen, durch Alkohol vorübergehend die Informationen loszuwerden. Aber man kann Müll bekanntlich nicht dadurch beseitigen, daß man eine Bretterwand vor ihm aufbaut.

Wen dies alles noch nicht befriedigt, der wird fragen: Gibt es nicht auch das Vergessen? Gewiß, der Mensch kann durch Vergessen der Informationen versuchen, mit dem, was er zu viel hat, aufzuräumen. Aber wie vergißt man? Oft vergessen wir das Wichtige und tragen das Unwichtige als ballastreiche Information mit uns herum. Vergessen ist wie Versickern. Altöl entsorgt man ja nicht dadurch, daß man es einfach auf den Erdboden kippt und wartet, bis man es nicht mehr sieht. So ist es auch mit dem Vergessen. Es ist nicht nur unzuverlässig, sondern es kann unseren Innengrund verderben. Eine bessere Methode ist die sogenannte geistige „Durchlaufentsorgung". Sie geschieht so, daß der mutmaßliche Denkmüll zum einen Ohr hinein, zum anderen wieder hinaus geht. Auch diese Methode ist nicht nur unzuverlässig, sondern auch gefährlich, weil die Verbindung zwischen dem rechten und linken Ohr dabei verunreinigt werden kann.

Was können Sie tun:

1.
Nutzen Sie Wahrnehmungen zur Wahrheit. Bevorzugen Sie mehrfach verwertbare Erkenntnisse. Versuchen Sie eine Art inneres Recycling von Informationen.

2.
Weisen Sie Denkmüll von sich, wenn Sie annehmen können, daß Sie das Zeug nicht brauchen.

3.
Gewähren Sie Ihrem Geist Zeit zur Verdauung.

4.
Arbeiten Sie mit an der Erfindung einer geistigen Wasserspülung.

5.
Vergessen und geistige Durchlaufentsorgung sind unzuverlässige Methoden.

F. Lx.